

Stenographisches Protokoll.

71. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

III. Gesetzgebungsperiode.

Freitag, 7. Dezember 1928.

Inhalt.

Verhandlung: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (B. 239), betr. das Bundesgesetz über die Gewährung einer Sonderzahlung an die Bundesangestellten und die Pensionsparteien des Bundes (B. 247) — Antrag auf dringliche Behandlung (2007) — Berichterstatter Dr. Ddehnal (2007 u. 2027), Zelenka (2009), Dr. Straßner (2015), Janicki (2018), Finanzminister Dr. Riebenböck (2026), Scheibner (2026), Plasser (2027) — Annahme des Gesetzes in zweiter und dritter Lesung (2027 u. 2028).

Ausschüsse: Zuweisung der Regierungsvorlage B. 244 an den Ausschuss für Erziehung und Unterricht, des Antrages Nr. 185 an den Wohnungsausschuss und des Antrages Nr. 186 an den Verfassungsausschuss (2029).

Eingebracht wurden:

Anfragen: 1. Paulitsch, Grischacher, Handelsminister, betr. Verkehrsverhältnisse und Frachtenverkehr aus dem Lavanttal in Kärnten (115/D);

2. Paulitsch, Grischacher, Bundeskanzler, zwecks Erleichterung des Personenverkehrs von Klagenfurt über Unterdrauburg in das Lavanttal und zurück (116/D);

3. Paulitsch, Grischacher, Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, betr. die Hochwasserschäden im Gailtal Ende Oktober 1928 (117/D).

Verteilt wurde:

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses B. 247.

Präsident Dr. **Waber** eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 15 Min. vorm.

Es wird zur Tagesordnung übergegangen, das ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (B. 239), betr. das Bundesgesetz über die Gewährung einer Sonderzahlung an die Bundesangestellten und die Pensionsparteien des Bundes (B. 247).

Über Vorschlag des Präsidenten wird gemäß § 38 E der Geschäftsordnung die dringliche Behandlung dieses Berichtes beschloffen.

Berichterstatter Dr. **Ddehnal:** Hohes Haus! Nach dem Zustandekommen des seinerzeitigen Be-
solidungsgesetzes hat sich die Praxis herausgebildet, daß die Spitzenorganisationen ihre Vertreter zusammengebracht und diese ermächtigt haben, jeweils mit der Regierung zu verhandeln. Es hat diese Praxis dahin geführt, daß sich ein Ausschuss ge-
bildet hat, der mit Rücksicht auf die Anzahl der

Vertreter, die in diesem Ausschusse sind, der Fünf- und zwanzigerausschuss genannt wird. Seither ist immer als Vertragspartner auf der einen Seite der Fünfundzwanzigerausschuss, auf der anderen Seite die Bundesregierung gestanden. Das hat sich ganz besonders dann herausgebildet, als es dazu gekommen ist, ein neues System zu bringen, das im Gehaltsgesetz verankert worden ist. Auch in der Folge hat sich eine Reihe von Notwendigkeiten ergeben, die immer wieder zu Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und den Beamtenvertretern geführt haben. Diese Verhandlungen haben in jedem Jahre irgendeinen Teilerfolg erzielt.

Wir haben bis zum Vorjahr den Standpunkt vertreten — und dieser Standpunkt ist auch seitens der Organisationen in den Verhandlungen mit der Regierung festgelegt worden —, daß für die aktiven Bediensteten ein immer weiteres Vorwärtsschreiten zum Valorisierungsziel in Aussicht zu nehmen ist, während für die Pensionisten die Angleichung der Altpensionisten an die Neupensionisten in Aussicht genommen wurde. Im heurigen Jahre hat sich dieser Standpunkt etwas verschoben, und zwar dadurch verschoben, daß die Vertreter der Beamtenschaft einen dreizehnten Monatsbezug von der Regierung gefordert haben. Die Verhandlungen des ganzen Jahres haben eigentlich diesen Punkt, den dreizehnten Monatsbezug, immer in den Vordergrund gerückt, trotzdem eine Reihe anderer Forderungspunkte ebenfalls vorhanden war; aber das Hauptgewicht ist zweifellos darauf gelegt worden, diesen dreizehnten Monatsbezug zu erringen. Ich glaube, daß die Vertreter der Beamtenschaft sich klar darüber waren, daß sie mit dem ersten Ansturm es wohl kaum erreichen werden, daß dieser dreizehnte Monatsbezug in seinem vollen Umfang den Bediensteten zugesprochen werden wird. Nun ist die Regierung auf den von der Beamtenschaft vertretenen Grundsatz eingegangen und hat erklärt, daß sie dem Gedanken eines dreizehnten Monatsbezuges und damit dem Gedanken einer gleichmäßigen linearen Erhöhung nähertritt, allerdings in einem Umfang, der die Beamtenvertreter nicht befriedigt hat; denn die Regierung hat erklärt, daß sie nicht in der Lage sei, mehr als 30 Prozent eines Monatsbezuges, also etwa ein Drittel dessen, was die Beamtenschaft gefordert hat, geben zu können, und sie hat insbesondere erklärt, daß sie nicht in der Lage sei, mehr zu leisten, weil dies

aus staatsfinanziellen Gründen nicht möglich sei. Weiters wurde noch beschlossen, daß diese Auszahlung von 30 Prozent eines Monatsbezuges nicht in monatlichen Teilquoten, sondern in zwei Quoten geteilt im Juni und Dezember jedes Jahres im Ausmaß von 15 Prozent eines Monatsbezuges erfolgen wird. Nun würde man für das heurige Jahr natürlich der Beamenschaft nur 15 Prozent eines Monatsbezuges vor Weihnachten geben können, wenn nicht eine Bestimmung in das Gesetz aufgenommen worden wäre, daß dieses Gesetz auf den 1. Juni 1928 zurückwirkt. Auf diese Weise ist es möglich, noch vor Weihnachten eine 30prozentige Auszahlung eines Monatsbezuges an die Beamten sicherzustellen. Für die folgenden Jahre ist in Aussicht genommen, daß im Monate Juni und im Monate Dezember je 15 Prozent eines Monatsbezuges zur Auszahlung gelangen werden.

Wer den Verhandlungen der Beamtenvertreter mit der Regierung aufmerksam gefolgt ist, der wird sich auch aus den Äußerungen der Regierung so viel herauszunehmen gewußt haben, daß die Regierung für den Fall, als etwa im kommenden Jahre die Verhältnisse sich günstiger gestalten sollten, natürlich auch über diese prozentuelle Auszahlung mit sich reden lassen und möglicherweise bei einer günstigeren wirtschaftlichen und staatsfinanziellen Lage auch vielleicht diese 15 Prozent entsprechend erhöhen wird. Ich glaube also, daß, wenn wir daran festhalten, daß dem dringend geäußerten Wunsche der Beamenschaft nach einem dreizehnten Monatsbezüge grundsätzlich Rechnung getragen worden ist, allerdings nicht in dem gewünschten Ausmaße, dies immerhin einen Schritt nach vorwärts bedeutet, wobei in Aussicht gestellt ist, daß durch weitere Verhandlungen möglicherweise auch in diesem Punkte einmal voll ans Ziel gelangt werden kann. Wir müssen aber das auch noch aus einem anderen Grunde begrüßen, denn wir sehen aus der Gesetzesvorlage, daß diese Beträge, die hier zur Auszahlung gelangen, auch als eine Erhöhung der Dienstbezüge anzusehen sind, daß also auch auf dem Gebiete der Valorifizierung um einen, wenn auch verhältnismäßig sehr kleinen, aber doch immerhin um einen Schritt seitens der Regierung vorgegangen worden ist.

Wir haben gestern im Finanz- und Budgetausschuß die Ihnen vorliegende Gesetzesvorlage einer eingehenden Beratung unterzogen, und ich muß darauf verweisen, daß sich im allgemeinen aus der Debatte ergeben hat, daß diese meine heutigen Ausführungen begründet sind und daß jeder die Richtigkeit dessen eingesehen hat, daß die Regierung immerhin teilweise dem grundsätzlichen Wunsche der Beamenschaft nachgekommen ist.

Ich habe erklärt, daß dadurch eine Erhöhung der Dienstbezüge erfolgt, und das ist auch ein Schritt auf dem Wege der Valorifizierung weiter. Was

mir aber an dem Gesetz ganz besonders empfehlenswert und vorteilhaft erscheint, ist der Umstand, daß dem Wunsche der Pensionisten, die sich mit Recht in den letzten Jahren darüber beklagen konnten, daß man nicht immer ihren Wünschen in der Weise entgegengekommen ist, als sie es gerne gehabt hätten, dem Wunsche der Pensionisten, in der gleichen Weise wie die aktiven Bediensteten behandelt zu werden, Rechnung getragen worden ist. Es werden die Pensionisten ebenfalls jetzt vor Weihnachten 30 Prozent eines Monatsbezuges erhalten und es ist schon festgestellt, daß sie auch in den kommenden Jahren zwei Auszahlungen zu je 15 Prozent im Juni und im Dezember erhalten werden.

Wir haben in dem Gesetz aber außerdem noch eine Reihe anderer Bestimmungen verankert, die mir nicht unvorteilhaft erscheinen, zum Beispiel jene Bestimmung, die sagt, daß auch für diese Sonderzahlung die Pensionsbeiträge zu entrichten sind. Damit ist natürlich gesagt, daß diese Sonderzahlung sich auch in der Pension entsprechend auswirkt.

Wir haben gestern im Finanz- und Budgetausschuß einige kleinere Abänderungen des Gesetzes vorgenommen, die in dem heute vorliegenden Bericht und dem beiliegenden Abdruck des neuen Bundesgesetzes bereits verarbeitet sind. Es betrifft dies vor allem die Bestimmung im § 6 der Regierungsvorlage, nach welcher diese Sonderzahlungen der Bemessungsgrundlage des Todesfallsbeitrages nicht eingerechnet werden sollte. Wir haben nun gestern einstimmig beschlossen, daß in die Bemessungsgrundlage des Todesfallsbeitrages ein Sechstel der dem Verstorbenen zuletzt angefallenen Sonderzahlung einzubeziehen ist. Ich bitte, sich durch dieses Sechstel nicht irgendwie irritieren zu lassen, als ob man nur eine geringere Quote dieser Sonderzahlung anrechnen wollte. Die Sonderzahlung ist auf sechs Monate abgestellt, die Grundlage der Sonderzahlung ist der Monatsbezug, und es ist daher ganz richtig, die Bestimmung in dieser Weise in das Gesetz einzubauen.

Wir haben weiters in den § 8 eine Bestimmung aufgenommen, die dahin geht, daß bezüglich der Bemessung der der Exekutionen unterliegenden Teile der Bezüge eine Rückwirkung nicht eintritt. Wir haben das aus dem Grunde beschlossen, weil wir wollten, daß diese Sonderzahlung den Bediensteten vor Weihnachten voll zur Auszahlung gebracht und nicht etwa von den Gläubigern, die der Beamte hat, infolge der Rückwirkung auf den 1. Juni 1928 in Anspruch genommen wird. Es ist also auch diese Bestimmung im Interesse eines Großteils unserer Beamten in das Gesetz eingebaut worden. Dadurch hat sich die Notwendigkeit ergeben, einen eigenen § 9 zu schaffen, weil es nicht gut angegangen wäre, mit dieser Bestimmung auch die Vollzugsklausel des Gesetzes in Zusammenhang zu

bringen, wie dies in der Regierungsvorlage im § 8 der Fall war.

Außerdem möchte ich mir noch erlauben, zwei kleine Abänderungen des Gesetzes zu beantragen. Ich habe wegen dieser Änderungen mit den Parteien bereits Fühlung genommen und deren Zustimmung erhalten. Sie gehen dahin, daß man in den § 2 einen Absatz 3 einfügen soll, welcher zu lauten habe (*liest*):

„Die Sonderzahlung gilt bei Bemessung der Witwenpension gemäß § 120 des Gehaltsgesetzes nicht als Teil des Ruhegenusses des verstorbenen Gatten.“

Der jetzige Absatz 3 würde dann Absatz 4 werden.

Daß man eine solche Bestimmung hineinnimmt, war wirklich eine große Vorsicht; denn gemäß § 120 beträgt die Witwenpension 50 vom Hundert des Ruhegenusses, der dem verstorbenen Gatten im Zeitpunkt des Ablebens gebührt hat oder gebührt hätte. Wenn nun in diesem Ruhegenuß die Sonderzahlung einbezogen würde, so würde sich mit Rücksicht auf die Bestimmungen des § 2 des vorliegenden Gesetzesentwurfes eine Doppelzahlung für die Witwe ergeben. Diese Bestimmung soll nur klarmachen, daß die Witwe 50 Prozent jenes Bezuges erhält, den sie im Monate Dezember des laufenden Jahres hat.

Weiters ist gestern im Laufe der Debatte seitens des Herrn Abg. Dr. Deutsch darauf aufmerksam gemacht worden, daß im § 3 der Gesetzesvorlage folgende Bestimmung enthalten ist: „Ist der Monatsbezug infolge eines Disziplinarerkenntnisses gemindert, so gilt der geminderte Bezug als Monatsbezug.“ Der Herr Abg. Dr. Deutsch hat den Antrag gestellt, diese Bestimmung aus der Gesetzesvorlage zu eliminieren, und hat das damit begründet, daß zum Beispiel durch ein Disziplinarerkenntnis ein Bediensteter zur Kürzung zweier Monatsbezüge verurteilt werden könnte. Wenn nun diese zwei Monate zufällig, sagen wir, in den August und September fallen, so würde die Sonderzahlung davon nicht berührt werden; fallen sie aber zufällig in den November und Dezember hinein, so würde der betreffende Beamte eine verkürzte Zahlung erhalten. Aus dieser Bestimmung ergeben sich also Schwierigkeiten, und ich möchte mir daher den Antrag zu stellen erlauben, daß im Absatz 1 des § 3 der zweite Satz zu lauten hätte (*liest*):

„Ist der Monatsbezug infolge eines Disziplinarerkenntnisses, das auf Minderung der Bezüge für mindestens sechs Monate lautet, gemindert, so gilt der geminderte Bezug als Monatsbezug.“

Diese Fassung entspricht sicher ganz dem Wunsche des Herrn Abg. Dr. Deutsch. Ich habe übrigens mit ihm Fühlung genommen, und er hat gemeint, daß dadurch der in den Minderheitsanträgen unter III enthaltene Eventualantrag fallen gelassen werden

kann und gar nicht mehr zur Abstimmung zu kommen braucht.

Im Laufe der Debatte sind gestern auch noch weitere Anträge gestellt worden, und zwar haben die Abg. Janicki, Zelenka, Tomšič, Sever, Witternigg, Stika und Hölzl zunächst den Antrag gestellt, daß im § 1, Absatz 1, im § 2, Absatz 1, und im § 3, Absatz 2, die Worte „je 15 vom Hundert“ auf „je 50 vom Hundert“ zu ersetzen sind. Es wäre das die volle Verwirklichung des Wunsches der Angestellten nach einem 13. Monatsgehalt, wenn diese zwei jährlich auszuzahlenden Quoten mit je 50 Prozent eines Monatsbezuges honoriert würden.

Es ist weiters der Antrag gestellt worden — ich habe von diesem Antrage schon gesprochen —, daß die Bestimmung im § 3, Absatz 1: „Ist der Monatsbezug infolge eines Disziplinarerkenntnisses gemindert, so gilt der geminderte Bezug als Monatsbezug“ zu streichen ist. Wir haben im Ausschusse diese beiden Anträge abgelehnt, und sie sind seitens der Herren Antragsteller als Minderheitsanträge angemeldet worden.

Außerdem hat der Herr Abg. Zelenka zwei Entschlüsse angemeldet. Die erste lautet (*liest*): „Die Bundesregierung wird aufgefordert, Zuwendungen im selben Verhältnis, wie an die unter das Gehaltsgesetz fallenden Bundesangestellten, an die Arbeiter und Arbeiterinnen der Bundesbetriebe zur Auszahlung zu bringen.“

Die zweite Minderheitsentschließung lautet (*liest*):

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, Zuwendungen im selben Verhältnis, wie an die unter das Gehaltsgesetz fallenden Pensionisten, jenen Ruheständlern zuzuwenden, deren Ansprüche durch Verordnung oder Erlass geregelt sind. (Arbeiterpensionisten, Pensionsisten sowie deren Witwen und Waisen.)“

Diese beiden Entschlüsse sind im Ausschusse ebenfalls abgelehnt und als Minderheitsentschlüsse angemeldet worden.

Namens des Finanz- und Budgetausschusses stelle ich an das hohe Haus die Bitte, der hohe Nationalrat möge dem vorliegenden Gesetzesentwurf mit jenen Abänderungen, die ich mir hier vorzutragen und zu beantragen erlaubt habe, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen und die Minderheitsanträge und Minderheitsentschlüsse ablehnen. (*Beifall.*)

Zelenka: Hohes Haus! Noch nie, glaube ich, hat bei einer Regierungsvorlage über Sonderzahlungen oder Aufbesserungen für die Bundesangestellten eine solche Komödie stattgefunden, wie sie jetzt seit einigen Tagen von der Regierung und den ihr getreulich folgenden Großdeutschen aufgeführt worden ist. Die Regierung, die ja selbst bei der Begründung des Gesetzes gesagt hat, daß sie seit Monaten verhandelte und leider nicht mehr geben konnte, und die, wie jedes Jahr, den letzten Weg gewählt hat, daß die Bundesangestellten an das Parlament verwiesen

werden, hat es wie seit mehreren Jahren jedesmal verstanden, die Verhandlungen das ganze Jahr hinauszuziehen, um bis gegen Ende des Jahres zu kommen, damit man dann draußen eine Bewegung bei der Bevölkerung und den Wirtschaftsindustriellen, wie man sie genannt hat, zu entfachen, um dann in Innsbruck scharfe Reden zu halten, um die Bevölkerung gegen die Forderungen der Bundesangestellten zu mobilisieren. Man hat es immer wieder auch verstanden, dann letzten Endes zu sagen: Wir können nichts mehr machen — nämlich die Regierung Seipel —, sondern die Bundesangestellten und die 25.000 Post- und Telegraphenbediensteten können sich an das Parlament wenden! Und man findet es dann auch noch notwendig, in Innsbruck zu sagen, eigentlich sei die Bewegung der Bundesangestellten und eines Teiles derselben, die sich veranlaßt gesehen haben, infolge der merkwürdigen Haltung der Regierung und auch der Generalpostdirektion in einen Widerstand einzutreten, nicht gegen die Regierung, sondern gegen das Parlament gerichtet. Und nun hat man erleben müssen, daß die Großdeutschen wieder die Gelegenheit benutzt haben, wie im Jahre 1924, wo wir ja an einem Tage bis 2 Uhr 59 Minuten eine Regierungskrise hatten, um umzufallen. Auch der Finanz- und Budgetausschuß mußte damals seine Verhandlungen aussetzen und wir waren schon voll Angst, daß, wenn die Großdeutschen demissionieren, überhaupt keine Regierung mehr zustande kommt. Aber ich glaube, die Regierung, die wir jetzt haben, die Regierung Seipel, eine Regierung der Negation, will bei jeder Gelegenheit zeigen, daß es nur eines kleinen Windstoßes bedarf, um die Koalition, auf der sie beruht, zu zertrümmern. Wie jedesmal hat man auch diesmal, bei diesem Anlasse sehen können, daß eine Vorlage zugunsten der Bundesangestellten wieder dazu benutzt wird, hohe Politik zu machen und dabei den Bundesangestellten, wo es nur geht, die Unterstützung, um die sie ansuchen, zu verweigern, weil der Staat nicht mehr geben könne. Es ist dem Herrn Seipel dadurch, daß er die Beamten an das Parlament weist, wo seine Partei doch die größte Koalitionspartei ist, wieder gelungen, das eine zu erreichen, daß den Beamten nichts gegeben wird, und daß die Großdeutschen wieder umgefallen sind, wie im Jahre 1924. (Zarboch: Reden Sie doch nicht immer vom Umfallen! Die große Angst hat neunzig, die Sozi haben einundneunzig) Wir können schon vom Umfallen reden, Sie haben sich gestern in der schändlichsten Weise als Beamtenverräter benommen — das konstatiere ich. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Zwischenrufe Zarboch.) Reden nur Sie nicht. (Zwischenrufe Hampel.) Wann werden Sie Minister? Beantworten Sie mir die Frage, wann Sie Minister werden? (Fortgesetzte Zwischenrufe Zarboch und Dr. Hampel.) Beantworten Sie die Frage, wann Sie Minister

werden — ist viel gescheiter! (Dr. Hampel: Sie Hetzer Sie! Sie sind der größte Demagog der Weltgeschichte! — Forstner: Und Sie sind der größte Schwindler! — Fortgesetzte Zwischenrufe. — Dr. Hampel: Das ist der Herr Proletarienfürher der Herr Zelenka! — Sever: Und Sie sind ein Proletarierverräter! — Dr. Hampel: Wer ist schuld, wenn die Beamtenschaft nichts bekommt? Der Herr Zelenka! Hätten Sie abgeblasen! — Zarboch: Warum haben Sie nicht abgeblasen?)

Zelenka: Lassen Sie mich reden! (Andauernde Zwischenrufe und Gegenrufe.)

Präsident Dr. **Waber** (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, den Herrn Abg. Zelenka sprechen zu lassen! (Fortgesetzte Zwischenrufe Dr. Hampel, Zarboch und Fahrner.) Das Wort hat der Herr Abg. Zelenka! (Dr. Hampel zu Zelenka: Sie werden uns keine Vorhalte machen!) Ich bitte den Abgeordneten, der beim Wort ist, nicht zu stören! (Zwischenrufe Forstner.) Herr Abg. Forstner, ich bitte, den Abg. Zelenka sprechen zu lassen!

Zelenka: Wenn man von Demagogie spricht, darf man nicht zu den Schober-Deutschen zählen, von den Schober-Deutschen könnte man noch etwas lernen an Demagogie (lebhafter Beifall), das haben sie bei der Präsidentenwahl gezeigt. (Zwischenrufe.)

Die Regierung Seipel hat im Jahre 1926, als die Regierung Ramek abgetreten war, versprochen, daß sie selbst ein Programm aufstellen werde, um in einigen Jahresabschnitten die Valorisierung durchzuführen. Es ist das Jahr 1926 vorübergegangen, das Jahr 1927 — es ist keine Vorlage gekommen; niemals hat man dem Fünfundzwanzigerausschuß oder den Post- und Telegraphenbediensteten eine solche Vorlage vorgelegt oder sie zum mindesten zu einer Aussprache eingeladen. Es ist das Jahr 1928 — und immer wieder dasselbe Schauspiel! Wenn nun der Herr Bundeskanzler Seipel sich darüber beschwert hat, daß bei den Beratungen seitens der Mitglieder des Fünfundzwanzigerausschusses der Versuch unternommen wurde, durch Ratschläge oder Bekanntgabe von Vorgängen bei den Steuereinnahmen Geldquellen aufzuzeigen, und wenn er das mit der Motivierung zurückgewiesen hat, daß hier im Parlament der Platz sei, um über das Budget zu sprechen, so muß ich demgegenüber festhalten, daß der Fünfundzwanzigerausschuß im Jahre 1926 und 1927 nichts anderes getan hat, als immer wieder darauf hinzuweisen, in welcher Art es möglich wäre, den unter der Protektion der Mehrheitsparteien vor sich gehenden Mißbrauch mit den Steuergeldern abzustellen und hiedurch die Einnahmen zu schützen. Wenn der Bundeskanzler das zurückweist, so muß ich ihm sagen, daß das keine Einnengung in die Rechte des Parlaments ist, sondern daß es das Recht eines jeden republikanischen Beamten ist, Schweinereien dort aufzudecken, wo er

sie findet und sie der Regierung mitzuteilen, damit sie abgestellt werden. *(Beifall.)* Im übrigen hat der Herr Finanzminister selbst gesagt, er könne nicht mehr geben und man solle ihm einen Weg sagen. Wenn nun die Beamtenschaft, die ja Einblick in das ganze Getriebe hat, die ja die Maschinerie des Staates in Bewegung setzt, mit irgendwelchen Vorschlägen kommt, da steht Herr Seipel auf und sagt: Nein, das ist ein Recht des Parlaments! Und glaubt, daß die österreichische Bundesbeamtenschaft so dumm ist, um nicht zu wissen, daß, wenn der Herr Seipel nein sagt, seine Partei nein sagt und daß das Hineinwerfen der Sache in das Parlament nichts anderes ist als ihr Begraben, weil, wenn Seipel nicht will und Herr Riebenböck nicht will, auch sein Klub nicht anders spricht und die entscheidenden anderen kleinen Parteien in der Koalition zwar versprechen, sie werden Anträge stellen *(Ruf: Unter Bedingungen!)*, aber letzten Endes, wenn der Herr Seipel sie in seinem stillen Kämmerlein vornimmt — dann fallen diese Herrschaften um. *(Lebhafter Widerspruch. — Zahlreiche Zwischenrufe. — Dr. Hampel: Mit dem Umfallen haben Sie kein Glück mehr bei uns, das ist aus!)* Ich glaube, das ist der letzte Umfall, den Sie gemacht haben, meine sehr geehrten Herren, denn bei der nächsten Wahl werden Sie von den Bundesbeamten nicht mehr gewählt werden. Bei den vorletzten Wahlen waren Sie die Kleindeutschen, bei den letzten Wahlen waren Sie nur mehr Einheitslistler und bei den kommenden Wahlen werden Sie verschwunden sein. Das kann ich Ihnen schon sagen. *(Lebhafter Beifall. — Gegenrufe.)*

Eine Hauptbedingung dafür, daß die Großdeutschen ihre Zustimmung geben und Anträge stellen, war, man müsse bedingungslos die passive Resistenz der Post- und Telegraphenangestellten abbrehen. *(Zarboch: Das steht nicht in unserer Erklärung! — Zwischenrufe.)* Bitte, meine Damen und Herren, es ist ja hier vorgelesen worden, der Herr Abg. Zarboch hat ja selbst vorgelesen, daß er eine Erklärung der Großdeutschen hier bekanntgibt. *(Zwischenrufe bei den Großdeutschen: Sie haben schlecht verstanden.)* Nun muß ich folgendes sagen, hohes Haus: Die Post- und Telegraphenbediensteten haben sich bemüht, bei dem Orakel von Delphi den Großdeutschen das Geheimnis herauszubekommen, was für Anträge eigentlich die Großdeutschen stellen werden. *(Dr. Graier: Ausgerechnet dem Dr. Maier wird man es sagen!)* Schauen Sie, ich muß Ihnen sagen, Sie können dem Dr. Maier an Intelligenz nicht einmal das Wasser reichen! *(Zwischenrufe.)* Aber Sie haben doch den Amtsrat Gold, warum haben Sie es dem nicht gesagt? Dem Amtsrat Gold, einem blonden Jüngling, der ein Germane zu sein scheint, hätten Sie das Geheimnis verraten können. *(Zarboch: So wie Sie, der blonde*

Jüngling Zelenka! — Sever: Zarboch ist ein Germane!) Meine Herren, ich glaube, ich kann den Namen Zelenka mit dem Namen Wotawa vergleichen, wer germanischer ist. *(Lebhaftes Heiterkeit und Zustimmung.)* Es ist schlecht, wenn Sie mit solchen Sachen beginnen.

Nun haben ja die Beamten des Post- und Telegraphendienstes versucht, zu erfahren, was man denn beantragen wird. Ich glaube, die Herren des großdeutschen Klubs werden selbst verstehen, daß man eine Bewegung nicht bedingungslos abbrehen kann, ohne mit den Vertrauensmännern gesprochen zu haben. Es sind eben die Vertrauensmännerkonferenzen von ganz Österreich da maßgebend. Es ist ja auch bei Ihnen so; nicht die Organisationen, die Ihnen nahestehen, diese zwei, drei Leute, können entscheiden, sondern es müssen die deutschösterreichischen Vertrauensmänner einberufen werden. Ihnen zuliebe wurde diese Vertrauensmännerkonferenz für gestern einberufen, nachdem Sie am Mittwoch diese Erklärung hier vorgelesen haben. Aber da hat man schon das Spiel der Regierung gesehen. *(Zwischenrufe.)*

Auf der einen Seite haben die Post- und Telegraphenbediensteten bei der Generaldirektion für Post- und Telegraphenwesen eine Antwort zu bekommen versucht. Da hat man die Sache hingezogen. Man hat ihnen mitgeteilt, die Generaldirektion sei nicht in der Lage, darauf einzugehen — vorgestern — weil Bundespräsidentenwahl sei —, gestern —, weil das Gesetz noch nicht erledigt sei. Da zeigt sich ja, daß die Christlichsozialen ein großes Interesse daran haben, daß die Post- und Telegraphenbediensteten keine Antwort bekommen, denn wenn sie keine Antwort erhalten und die passive Resistenz nicht abbrehen können, dann können die Herren Großdeutschen umfallen und noch weiter in der Regierung sitzen bleiben und das braucht der Herr Seipel für seine zusammengeflackte Regierung und Koalition.

Die Großdeutschen hatten jetzt zwei Gelegenheiten, eine rabulistisch-teutonische Haltung einzunehmen, und zwar zunächst bei der Bundespräsidentenwahl. Was Sie da für eine Demagogie aufgeführt haben, Herr Kollege Hampel, bei dieser Wahl, das muß, wenn einmal über dieses Parlament geschrieben wird, als ein trauriges Ehrenblatt Ihrer Partei in der Geschichte des Parlaments festgehalten werden. *(Sehr richtig!)* Sie haben mit dem Antrag der Schober-Deutschen und in Ihrer, wie soll ich sagen, wütenden Stellungnahme gegen den Herrn Bundespräsidenten Miklas hier eine Komödie aufgeführt, um zu zeigen, daß Sie wieder stark geworden sind. Die zweite Gelegenheit war, der Regierung Unannehmlichkeiten zu bereiten durch höhere Anträge, die Sie hätten stellen können. Da wäre die Regierung Seipel wahrscheinlich verurteilt gewesen, daraus die

Konsequenzen zu ziehen und wenn es überhaupt noch Ehrenmänner bei Ihnen gegeben hätte, so hätten Sie schon nach der Präsidentenwahl die Konsequenz ziehen müssen und Ihre Ministerposten verlassen müssen. *(Lebhafter Beifall und Handeklatschen. — Zahlreiche Zwischenrufe und Gegenrufe. — Rufe: Bravo, Zelenka! Ausgezeichnet! — Zarboch: Darum sind Sie umgefallen! Jetzt wissen wir es endlich!)* Ich freue mich, daß ich Ihnen etwas Gutes gesagt habe, es fällt Ihnen als Partei ja das ganze Jahr nichts ein. *(Lebhafte Zwischenrufe. — Zarboch: Der Austerlitz traut sich auch zu reden, der größte Lump, den Österreich besitzt! — Stürmische Zwischenrufe und Gegenrufe. — Lärm.)*

Präsident Dr. Waber: Meine Herren, ich bitte, die Plätze einzunehmen. *(Zwischenrufe.)* Ich höre, daß der Herr Abg. Zarboch ein Mitglied dieses Hauses beleidigt hat. Es ist meine Pflicht, ihn deshalb zur Ordnung zu rufen. *(Andauernde Zwischenrufe.)* Ich bitte, die Plätze einzunehmen und den Redner sprechen zu lassen. *(Fortgesetzte Zwischenrufe. — Klimberger: Sie sind doch Vorsitzender und kein Parteimann!)* Ich habe ihn zur Ordnung gerufen. Bitte, bei diesem Lärm kann man die einzelnen Zwischenrufe nicht feststellen. Ich bitte, die Verhandlungen in Form von Rede und Gegenrede zu führen. Es ist unzulässig, in Form von Zwischenrufen zu verhandeln. *(Zwischenrufe. — Janicki: Sagen Sie das Ihren Parteigenossen!)* Es ist unmöglich, die einzelnen Zwischenrufe zu verstehen. *(Austerlitz: Die Herren haben sich vorgenommen, Skandal zu machen, und Sie dulden es!)* Ich dulde es nicht. Wenn die Herren die Plätze einnehmen und den Herrn Redner sprechen lassen, wird es nicht zu diesen Zwischenrufen kommen. *(Sever: Stellen Sie die Lausbübereien von Zarboch ein!)*

Zelenka *(fortsetzend)*: Bei der Gelegenheit, die gestern besprochen worden ist, die vorschrittsmäßige Arbeit vielleicht doch noch einzustellen, haben die Vertrauensmänner der Post- und Telegraphenbediensteten ohne Unterschied der Partei ... *(Anhaltende Zwischenrufe.)*

Präsident Dr. Waber: Ich bitte, die Verhandlungen nicht zu stören, ich bitte, die Herren die Plätze einzunehmen. *(Zwischenrufe Dr. Hampel.)* Herr Abg. Dr. Hampel, ich bitte, keine Zwischenrufe zu machen und die Unterhaltungen abzubrechen. *(Zwischenrufe Schlesinger.)* Ich bitte den Herrn Abg. Schlesinger, keine Zwiegespräche zu führen, das Wort hat einzig und allein der Herr Abg. Zelenka. *(Lebhafte anhaltende Zwischenrufe. — Dr. Hampel: Tote lassen Sie nicht einmal in Ruhe. — Sever: Die Toten haben Sie auf dem Gewissen! — Lebhaftige Zwischenrufe.)* Ich bitte, die Zwiegespräche unter den Abgeordneten zu unterlassen. Die Herren

können sich ja hier zum Worte melden. *(Fortgesetzte Zwischenrufe.)*

Zelenka *(fortsetzend)*: Es wurde gestern noch alles versucht, und der gute Wille ist ja dadurch zum Ausdruck gekommen, daß die Organisationen der Post- und Telegraphenbediensteten aller Schattierungen ihre Vertrauensmänner einberufen haben. Die letzten konnten erst mit dem Zug um drei Uhr aus den Ländern kommen. Denn es ist zwar einen Tag vorher, am Mittwoch, die merkwürdige Proklamation der großdeutschen Partei vorgelesen worden, man wollte Ihnen aber keine Gelegenheit geben und die Sache den Vertrauensmännern vorlegen und ihnen anempfehlen, man solle das doch durchführen. Da hat sich nun gestern folgendes gezeigt: Trotz mehrmaliger Versuche, den Herrn Vorsitzenden der großdeutschen Partei zu bewegen, in dieser heißen Angelegenheit irgendeine feste Erklärung abzugeben — denn man kann doch von keinem Gewerkschaftsmann verlangen, daß er eine Bewegung abbricht, ohne etwas zu wissen; er entscheidet ja nicht allein, das wissen Sie selbst genau, darüber brauche ich Ihnen nichts zu erzählen, da fragen Sie Ihre eigenen Leute —, trotz dieser Bemühungen hat man es ruhig so weit kommen lassen, ja der Herr Abg. Botawa hat sogar die Uhr in die Hand genommen und gesagt, jetzt sei es eigentlich schon zu spät, man hätte das zwei Stunden früher wissen müssen, also um 10 Uhr vormittags, obgleich er ganz gut gewußt hat, daß die Vertrauensmänner aus den Ländern nicht früher da sein konnten. Das war ja eine faktische Unmöglichkeit.

Abends ist dann noch versucht worden, den Herrn Abg. Botawa umzustimmen, auch das ist nicht gelungen. Und das letzte, was gestern noch gemacht wurde, war, daß die Generalpostdirektion um 7 Uhr abends angerufen und erklärt hat, sie habe von der Regierung den Auftrag, nichts zu sagen, solange das Gesetz nicht erledigt sei. *(Hört! Hört!)*

Der Herr Abg. Dr. Hampel hat mir gratuliert, daß ich ihn auf den Zusammenhang zwischen der Präsidentenwahl und dieser Sache aufmerksam gemacht habe. Von dem, was ich jetzt erzählt habe, wollen Sie nichts wissen. Aber die Regierung selbst spielt da mit, und Herr Dr. Seipel wird verantworten müssen, was da geschieht. Er möge nicht von einer Entrüstung der Bevölkerung sprechen, sondern sich einmal die Frage vorlegen, ob seine Handlungsweise richtig und eines Regierungschefs würdig ist, wenn er eine so heiße Sache auf solche Art zurückhält, um die Angestellten dazu zu bringen, diese Bewegung so lange aufrechtzuerhalten, damit sie den Wunsch der Regierungsparteien, das heißt der Christlichsozialen, erfüllen.

Die Zusammenhänge müssen Sie ja besser verstehen oder besser in Ihren beiderseitigen Ansprüchen vielleicht festgelegt haben. Aber ich kann

mir vorstellen, daß gestern der Herr Seipel nach der Bundespräsidentenwahl, als er sich die Großdeutschen gerufen hat, mit der Rute anständige Hiebe ausgeteilt und daß er sie wieder zur Raison gebracht hat, damit sie seinen Wünschen nachkommen, nicht nur bei der Bundespräsidentenwahl, sondern auch bei der gefährlichen Sache, über eine politische Klippe hinwegzukommen, die von uns nicht gewünscht worden ist. Wir haben nicht verlangt, daß das Parlament sich einmischt zu einer Zeit, wo die Verhandlungen noch gar nicht abgeschlossen waren. Sie waren es, die zu der Regierung gegangen sind, Sie waren es, die Telegramme hinausgeschickt haben, bevor noch eine Entscheidung der Regierung vorlag, Sie waren es daher, die von vornherein die ganze gewerkschaftliche Frage politisiert haben (*Lebhafte Zwischenrufe*), um ihren kleinen Anhang von Beamten, den Sie noch haben, sagen zu können, Sie, die Großdeutschen, hätten interveniert. Wir wissen ja: Sie intervenieren und fallen pünktlich um (*Lebhafter Beifall*). — *Fahrner: Hätten Sie die passive Resistenz abgebrochen, dann hätten wir etwas sagen können!*) Meine Herren! Wenn es gestattet wäre, würde ich sofort die Herren, die gestern mit Ihnen verhandelt haben, denen von Ihnen diese Komödie aufgeführt wurde und die auf der Galerie zuhören, herunterrufen und fragen, was sie für einen Eindruck von Ihnen gewonnen haben, wie Sie gestern mit Ihnen umgegangen sind. (*Zarboch: Der Dr. Maier war gar nicht dabei!*) Nicht nur der Maier, auch Ihre eigenen Leute!

Es ist gestern noch im Finanz- und Budgetausschuß versucht worden, die Front der geeinigten Post- und Telegraphenangestellten zu zerstören. Ich habe nämlich eine Anfrage an den Abg. Straffner über den Tisch gemacht, bevor ich zu reden anfang, ob er mir nicht seine Anträge sagen könne, ich gäbe ihm auch meine Anträge. Darauf sagte Dr. Straffner: Ich kann keine Anträge stellen. Die Herren Großdeutschen sind gestern zehn Minuten später in den Saal gekommen, als die Sitzung begonnen hat. Das hat schon gezeigt, da stimmt etwas nicht. Da habe ich gesagt: Kollege Straffner, geben Sie mir ihre Anträge, worauf er erwiderte: Wir können keine Anträge stellen, weil die passive Resistenz nicht abgebrochen wurde. In Wirklichkeit deshalb nicht, weil er gar keine Anträge vorbereitet hatte, sonst hätte er sie mir ja anschauen lassen können. Ich sagte darauf zu ihm: Aber bitte, Herr Kollege, machen Sie keine solche Komödie, das können Sie doch nicht von den Leuten verlangen, wo doch Ihre eigenen Leute dabei sind! Darauf sagt er zu mir: Von uns ist niemand dabei, nur der Herr Nickerl und den habt ihr gepreßt zur passiven Resistenz. Ich habe darauf gesagt: Das ist eine Unwahrheit, es ist die freie Entscheidung eines jeden Beteiligten in diesem Vertrauensmänner-

komitee. Ich gebe aber zu, daß ich, als man mich gefragt hat, gesagt habe, man soll keinen Streik machen, man soll im Betrieb bleiben.

Das hat der Herr Hampel, der gar nicht dabei war, dazu benutzt, um zu Nickerl zu gehen, bevor ich mit ihm sprechen konnte, und ihm zu sagen, ich hätte das und das im Finanz- und Budgetausschuß gesagt, um die Einheitsfront zu zerstören. Da haben Sie wieder einen kleinen Versuch einer Unaufrichtigkeit . . . (*Dr. Hampel: Darf ich Ihnen einen ruhigen Zwischenruf machen? Sie haben etwas anderes behauptet. Sie haben im Finanzausschuß erklärt, daß die christlichen und völkischen Gewerkschafter sogar den Streik verlangt haben, und daß das unwahr sei behaupten die Vertreter der Gewerkschaften!*) Sie waren ja gar nicht drinnen im Saal, als das besprochen wurde, das haben andere Abgeordneten gerufen, dabei war gar keine Aufregung im Finanz- und Budgetausschuß, sondern es handelte sich um ein Gespräch entre nous über den Tisch, wie ich mit Dr. Straffner gesprochen habe. Ich habe ein stenographisches Protokoll dafür, daß das nicht richtig ist, was Sie behaupten. Der Versuch ist Ihnen nicht gelungen. Es ist ein Versuch gewesen, zu unterminieren. Das wäre Ihnen als Großdeutsche recht gewesen, denn dann hätte man Ihren Schwindel wegen der passiven Resistenz verwischen können. Aber ich sage eines: Es gibt einen Unterschied zwischen Ihnen und den deutsch-völkischen Post- und Telegraphenbediensteten, nämlich den, daß diese, wenn sie etwas beschließen, wenn sie ihr Wort für etwas gegeben haben, es in Ehren halten, also anders als Sie von der großdeutschen Partei sich benehmen! (*Lebhafter Beifall.*)

Nun zu dem Gesetze selbst. Man liest da in der Begründung zu § 7, daß auch die Zuwendungen an die katholischen Geistlichen nach den gleichen Grundsätzen, wie sie für die Bundesangestellten gelten, also Notlage, erfolgen müßten. Glauben Sie nicht, daß ich gegen die katholischen Geistlichen etwas einzuwenden habe. Ich stehe auf dem Standpunkte, jeder soll nach seiner Fassung selig werden. Schließlich ist es von mir auch bekannt, daß ich niemals gegen die katholische Kirche in irgendeiner Form Stellung genommen habe, damit man mich nicht vielleicht zu jenen zählen kann, die einen anderen in seiner freien Meinungsäußerung beeinträchtigen wollen. Aber ich frage die katholischen Priester, die heute unter den Christlichsozialen sitzen, ob das gangbar ist, daß sie etwas bekommen und daß bei ihnen darinnen steht, die Notlage sei dieselbe wie bei den Bundesangestellten, wenn auf der anderen Seite der Herr Finanzminister mit ihren Stimmen, mit den Stimmen der Großdeutschen, den aktiven Staatsarbeitern und den armen Arbeiterpensionisten, ihren Witwen und Waisen dieselbe Auszahlung verweigert. (*Lebhafte*

Zustimmung.) Ich frage Sie, ob das überhaupt möglich ist, daß Sie da zustimmen, daß ihre geistlichen Kollegen etwas bekommen und daß in denselben Bundesbetriebe die Beamten etwas erhalten, der Arbeiter im Staatsdienst aber leer ausgeht. Was sollen denn diese armen Leute machen, bei denen es sich um eine Aufbesserung von 3 bis 5 S monatlich gehandelt hätte? Das ist eine Vorgangsweise, die zu den größten Skandalen gehört, die man je erlebt hat. Wenn man da noch von Gerechtigkeit und Einsicht sprechen will, so muß man wirklich sagen, daß hier etwas geschieht, was unverantwortlich ist, unverantwortlich schon deshalb, weil im Pensionsdepartement seit Jahr und Tag Dinge vor sich gehen, die man nicht für möglich halten sollte, daß man zum Beispiel Arsenalrentnern, armen Teufeln, die eine Hand oder einen Fuß verloren haben, wenn sie 20 oder 30 S Unfallrente bekommen, diese ihnen von der Pension, die 50 bis 70 S beträgt, noch diese Unfallrente abzieht. Und was macht das ganze aus? Ich habe mir ausgerechnet, der Bundeszuschuß wird höchstens 5 Millionen im Monat ersparen. Es ist eine Niedertracht, wenn dem Minister so etwas vorgelegt wird, denn der Minister kann sich nicht um solche Sachen im Einzelfall kümmern. Oder ist es nicht eine Niedertracht, daß man den Arbeitern der Staatsdruckerei Pensionsbeiträge bis zu 8 Prozent abzieht, weil man sie von den Affordbezügen berechnet, daß sie aber heute überhaupt nichts bekommen. Das ist eine Ungerechtigkeit, die kein Mensch verstehen kann.

Ich weiß schon, in der hohen Bureaukratie spielt man auch mit verschiedenen anderen Angelegenheiten, über die man noch sprechen wird, bis diese Bewegung vorüber sein wird, wie man versucht, einen Keil in die geschlossenen Organisationsgruppen hineinzutreiben, wie unter Mißbrauch meines Namens versucht wird, die Leute zu überzeugen, daß der andere Teil der Telegraphenangestellten nicht richtig und nicht anständig vorgeht. Wir sind in Verhältnisse hineingekommen, bei denen es überhaupt ganz zwecklos ist, noch zu sprechen. Man erfährt da zum Beispiel, daß sich Dr. Odehnal und Kollege Spalowsky eine Deputation der armen Arsenalrentner kommen lassen; die „Reichspost“ schreibt dazu, der Minister habe zugesagt, daß man ihnen etwas geben werde. Die beiden Abgeordneten seien der Meinung, man soll die 7 Prozent, die sie im vorigen Jahre bekommen haben, um 3 Prozent erhöhen, so daß sie fortlaufend 10 Prozent bekommen. (*Ruf: Das haben Sie gewünscht!*) Das steht in der „Reichspost“. Ich habe das nicht gewünscht, aber ich habe Anträge gestellt, die Sie abgelehnt haben. Und wissen Sie, was die Leute bekommen sollen? Circa 1 S 50 g bis 3 S monatliche Erhöhung! Und da macht man eine solche Komödie. Da muß man wirklich sagen, der Finanz- und Budgetausschuß soll sich

die Auswirkungen vorlegen lassen, und es ist ganz berechtigt, wenn Dr. Bauer gesagt hat, man soll, bevor man ein Budget einbringt, alles vorlegen, was man den Bundesangestellten geben will, damit das Parlament in die Lage kommt, zu überprüfen, was man ihnen geben kann. So werden wir alle mitverantwortlich, wenn wir dieses Spiel mitmachen. Es werden hier nur gegenseitige Reden gehalten, den Bundesangestellten genügen aber gegenseitige Reden nicht, sondern sie wünschen, daß sie endlich etwas bekommen, damit sie leben können. (*Zustimmung.*)

Die Anträge, die gestellt worden sind, sind vom Herrn Berichterstatter bekanntgegeben worden. Wir haben den Antrag gestellt, daß man den Wünschen der Bundesangestellten bezüglich eines 13. Monatsgehaltes Rechnung trägt. Es sind daher die besonderen Abänderungen in den §§ 1, 2 und 3 von uns beantragt. Wir beantragen, daß die Worte „je 15 vom Hundert“ durch die Worte „je 50 vom Hundert“ ersetzt werden. Die Bundesangestellten haben ja gerade diesmal einen 13. Monatsgehalt verlangt, damit sie vor Weihnachten mehr bekommen. Die Regierung sagt immer, man sei stets der Meinung gewesen, die Bundesangestellten wünschen die Valorisierung, und jetzt auf einmal wollen sie einen 13. Monatsgehalt bekommen. Ja, der 13. Monatsgehalt, wenn er verlangt wird, ist ja schon der Ausfluß des größten Elends der Bundesangestellten, daß sie alle in den Bezug gleichmäßiger Zahlungen in Form eines Monatsgehaltes kommen wollen, weil sie sagen, daß die Regierung seit dem Jahre 1926 das Valorisierungsprogramm, das sie versprochen hat, niemals in Angriff nimmt, niemals in der Sache etwas unternimmt.

Wir haben auch Anträge gestellt, die der Herr Berichterstatter bereits berührt hat, bei der noch in einer anderen Form Kollege Dr. Deutsch einen Antrag für die Disziplinierten gestellt hat, und wir haben schließlich Minderheitsentschlösungen vorgelegt, die notwendig sind. Ich appelliere an das hohe Haus, stimmen Sie diese Minderheitsentschlösungen nicht nieder, denn es ist unerträglich, daß man in einem Betriebe den Beamten etwas gibt, was ich ihnen vom Herzen vergönne, und den Arbeitern nichts, weil der Finanzminister sagt, der Betrieb sei passiv. Erzählen Sie einem Arbeiter, der 30 Jahre in einem Staatsbetrieb steht, daß der Beamte etwas bekommen kann, der Arbeiter aber nichts, weil der Betrieb passiv ist. Werden die Zuwendungen für die Beamten nicht auch aus dem Betriebe gedeckt? Die Art, wie man seit Jahren die Staatsarbeiter und die Arbeiter der Bundesbetriebe behandelt, ist unverständlich und unwürdig, kein Mensch begreift sie, und sie muß die Arbeiterschaft tief erbittern, weil auch die Arbeiter- und Beamtschaft die traurigen Folgen des Abbaues

fühlte und Opfer für den Abbau bringen mußte. Dafür wurde die Arbeiter- und Beamtenschaft bei den Zulagen verkürzt, und sie erfuhr auch eine Verschlechterung ihrer Pensionsbezüge wie die Bundesbeamten.

Desgleichen haben wir einen Antrag im Interesse der Witwen und Waisen gestellt, und ich würde wirklich bitten, daß jeder Abgeordnete, der dagegen stimmen will, sich diese Frage vorher noch einmal überlegt. Es handelt sich um die Witwen und Waisen von Arbeitern des Bundes, und es ist doch unbegreiflich, daß die Witwen und Waisen der Beamten etwas bekommen, die nach Arbeitern aber nichts bekommen sollen. Ich weiß, daß es notwendig ist, daß man den Witwen der Beamten etwas gibt, denn ich habe ja im Finanzausschusse durch Zahlen nachgewiesen, wie schlecht die Versorgung dieser Leute ist, und habe auf die Berichte hingewiesen, die wir diesbezüglich von den Fürsorgeinstituten der einzelnen Bezirke bekommen haben, und gerade jeder Wiener Abgeordneter hat Gelegenheit, Einblick zu bekommen, wie schlecht die Witwen und Waisen von Pensionisten leben und wie heruntergekommen sie sind. Gehen Sie einmal hinaus zu den Arsenalarbeitern oder nach Böllersdorf und Blumau, gehen Sie an den Friedhöfen vorüber, wo Hunderte der Opfer dieser Arbeit begraben sind, und fragen Sie sich, ob die Mütter und die Kinder dazu verurteilt sein sollen, nicht einmal die Zuzahlung bekommen zu können, die man den Witwen und Waisen verstorbener Beamten, die unter das Gehaltsgesetz gefallen sind, gibt. Das ist derart unerträglich, daß ich im Finanzausschuß dem Herrn Minister gesagt habe, was da geschieht, ist eine Sache, die die beiden großen Parteien nicht vertragen können, denn hier wird etwas vom Pensionsdepartement gemacht und von der Budgetabteilung damit begründet, daß kein Geld da ist, was absolut unmöglich ist. Das können weder die Christlichsozialen noch wir in den Gemeinden ertragen, denn in diesen Gemeinden, die arm sind, regieren Ihre Bürgermeister und unsere Bürgermeister. Diese Gemeinden haben kein Geld, und sie müssen diesem Elend und diesem Unrecht zusehen, das an diesen Witwen und Waisen verbrochen wird. Wenn man sich fragt, wieviel das kosten würde, so macht es einen Betrag vielleicht von 100.000 S aus. Ist das etwas, was unser Budget, wenn es wirklich so begrenzt sein soll, in Gefahr bringen könnte? Man müßte sich doch darüber klar sein, daß das Verhältnisse und Zuzahlungen sind, die nicht ertragen werden können, und daß man nicht nur vom Standpunkt der Menschlichkeit, sondern auch der Gerechtigkeit, die schließlich in der Republik geübt werden muß, nicht derartige einseitige Lösungen treffen darf, wie man sie seit Jahren versucht. Ich verweise auf den schäbigen Vorgang vom vorigen Jahr, als man

den Arsenalarbeitern acht Monate lang nichts gegeben und ihnen dann durch Verhandlung der Pensionisten-Sektion Technische Union dreimal 7 Prozent versprochen, dann aber davon noch 7 Prozent abgezogen hat. Man hat ihnen die Beträge erst bei der nächsten Auszahlung gegeben, weil sonst das Postporto mehr ausgemacht hätte als die Zuzahlung.

Die Regierung muß Einsicht bekunden und sich sagen, für solche Experimente kann das Parlament nicht als Abstimmungsmaschine herangezogen werden, es muß endlich einmal Ordnung gemacht werden. Deshalb bitte ich das hohe Haus, die Anträge, die wir gestellt haben, zu unterstützen und anzunehmen, damit das große Unrecht, das man hier beabsichtigt, nicht durchgeführt wird. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Dr. Straßner: Hohes Haus! Ich möchte im Nachhange zu den Ausführungen, die ich gestern im Finanzausschusse gemacht habe, und in Ergänzung derselben noch auf die Meinung zurückkommen, die wenigstens ich und meine Partei vertreten und in der wir von Tag zu Tag bestärkt werden, daß die Forderung der öffentlichen Angestellten keine einheitliche ist. *(Widerspruch.)* Ganz gewiß keine einheitliche, denn noch gestern sind mir zwei Telegramme zugekommen, die den Betrag, der gegenwärtig ausgeworfen ist und in Gestalt eines Bruchteils eines 13. Monatsgehaltes zur Auszahlung kommen soll, ganz anders verwendet wissen wollen. *(Zwischenrufe.)* Nach diesen Telegrammen soll der Betrag in der Weise verwendet werden, daß in der Hauptsache die Familienerhalter zu berücksichtigen sind, während andere Angestellte weniger bekommen könnten. Das ist eine Auffassung, aber es bestehen auch noch andere. *(Zwischenrufe.)*

Nun, ich persönlich bin auch der Meinung, daß eine rein lineare Erhöhung der Bezüge im Rahmen eines 13. Monatsgehaltes nicht richtig ist; ich würde vielmehr für die Fortsetzung der Valorisierung sein. Ich habe aber gestern im Ausschusse gesagt, daß wir uns mit der Forderung, die aus dem Kreise der berufenen Vertreter der öffentlichen Angestellten gekommen ist, beschäftigt haben und auch für die Verwirklichung dieser Forderung eingetreten sind. Die Verhältnisse waren doch wesentlich anders, und ich muß das wiederholen, was ich gestern im Finanzausschusse gesagt habe, weil Herr Kollege Zelenka von Telegrammen gesprochen hat, die angeblich wir hinausgegeben hätten. *(Zelenka: Vorher schon!)* Also dann muß ich um Entschuldigung bitten, darüber bin ich nicht unterrichtet, und ich glaube, niemand in meiner Partei. *(Zwischenrufe Zelenka.)* Herr Abg. Zelenka, ich möchte Sie ganz kurz ins Bild setzen. Wir sind von Anfang an auf dem Standpunkte gestanden, daß es nicht angeht, daß die Regierung

den öffentlichen Angestellten lediglich 15 Prozent für das Jahr 1928 gibt und dann zweimal 15 Prozent für das Jahr 1929. Wir haben gesagt, daß dies bei der Not und dem Elend der öffentlichen Angestellten nicht zu ertragen ist und daß wir die Leute dadurch zur Verzweiflung bringen würden. Nun haben wir gerade in Erkenntnis dieser Tatsache nicht etwa einmal, sondern wiederholt sowohl bei dem Bundesminister für Finanzen als auch bei dem Bundeskanzler vorgesprochen, und es ist schließlich und endlich gelungen, zu erreichen, daß die Bundesregierung in Aussicht gestellt hat, doch für das Jahr 1928 mehr zu tun, als ursprünglich geplant war. *(Zelenka: Da war schon bekannt, daß dem Fünfundzwanzigerausschuß 30 Prozent angetragen worden sind!)* Herr Kollege Zelenka, das stimmt nicht. *(Zelenka: Ich werde es Ihnen nachweisen!)* Das stimmt nicht, wenigstens soweit ich die Dinge verfolgen kann. Es hat dann — ich glaube, am Tage darauf — eine Sitzung stattgefunden. . . . *(Zelenka: Ich werde den Tag der Aufgabe des Telegramms dem Zeitpunkte der Zusage der Regierung im Fünfundzwanzigerausschuß gegenüberstellen!)* Herr Kollege Zelenka, Sie sind im Irrtum. Ich habe kein Telegramm aufgegeben, nicht ein einziges. *(Zelenka: Die Partei!)* Auch die Partei nicht. Ich bin, wie das auch bei Ihnen wahrscheinlich vorkommen wird, von einem Journalisten gefragt worden: Sie waren ja jetzt beim Bundeskanzler? — Ja, ich war drinnen. — Was haben Sie denn verhandelt? — Ich habe im Auftrage der Partei wegen der Staatsangestellten verhandelt. — Nun, ist etwas herausgekommen? — Darauf sage ich: Ja, es dürfte nicht ausgeschlossen sein, daß die Sache rückwirkend gemacht wird, so daß 30 Prozent für das Jahr 1928 herauskommen. *(Zelenka: Ich werde Ihnen beweisen, daß das zu einer Zeit war, wo die Regierung im Fünfundzwanzigerausschuß das bereits zugesagt hatte!)* Vielleicht haben Sie es früher gewußt, ich wußte es bis zum Augenblick nicht. Es handelt sich scheinbar hier lediglich um die Priorität, ob die Organisationen es früher erreicht haben oder ob es vielleicht durch die Vermittlung der Partei, die ich geführt habe, eine Vermittlung, die im Einvernehmen mit Nationalrat Odehnal erfolgt ist, erreicht wurde. Darum handelt es sich jetzt. Nun, für die Beamten, für diejenigen, die nicht zu den Führern gehören, ist das ganz gleichgültig, die stehen auf dem Standpunkte: Wenn wir nur etwas bekommen und möglichst viel bekommen. Etwas anderes mag es bei den Führern sein, die sagen, das geht nicht, daß irgendwer außer unseren Kreisen, die die einzig Verufenen sind, hier etwas erreicht, solange wir nicht die Vermittlung der politischen Parteien anrufen haben. Und das war ja in jenem Augenblick

noch nicht der Fall. Also mit den Telegrammen, Herr Abg. Zelenka, ist es nichts.

Nun gestatten Sie mir, weil gerade gestern im Finanzausschuß die Erklärung des Kollegen Jarboch hier im Hause so streng unter die Lupe genommen worden ist, zu sagen, wie ich über diese Dinge der passiven Resistenz denke. Ich bin auch lange im Gewerkschaftsleben gestanden, und ich habe, ich darf sagen, manchen Strauß ausgekämpft, aber ich muß sagen: So haben wir es nie gemacht, wie es hier gemacht worden ist. Wir haben zuerst alle friedlichen Mittel, die uns zur Verfügung gestanden sind, ausgeschöpft. Ist es dann nicht gelungen, zum Ziel zu kommen, dann haben wir mit den gewerkschaftlichen Mitteln eingesezt. Nun hätte ich geglaubt, daß die Postbediensteten doch noch, bevor sie diesen entscheidenden Entschluß fassen, zu den politischen Parteien gegangen wären, um ihnen zu sagen: Meine Herren, jetzt greift ein, es ist höchste Zeit, unsere Not ist groß, wir werden bedrängt von unten, vielleicht auch von anderer Seite — ich weiß nicht, wie die Situation genau war —, jetzt setzt ein, sonst sind wir zu anderen Maßnahmen gezwungen. Ich bitte, bei dieser Bewegung ist das außer acht gelassen worden. Wenigstens mir ist nicht bekannt, daß jemand zu unserer Partei, aber auch zu den übrigen politischen Parteien gekommen wäre, um das zu erklären. Nun, wenn wir in späterer Zeit, nachdem die passive Resistenz ausgebrochen war, eingegriffen haben, aus eigenem, ohne Ersuchen, so ist es geschehen mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Folgen einer passiven Resistenz. Ich brauche hier nicht der Rechten oder der Linken zu sagen, wie die wirtschaftlichen Nachteile aussehen, die eine passive Resistenz zur Folge hat. Ich will da gar nicht von einem Streik sprechen. Auch Sie bemühen sich ja, diese wirtschaftlichen Schäden hintanzuhalten. Das ist der Gedankengang gewesen, der uns bewogen hat, hier einzugreifen, und das war der Gedankengang, der uns gezwungen hat, zu sagen: Ihr, die ihr heute in der passiven Resistenz steht, gebt diese passive Resistenz auf, dann sind wir in der Lage, für euch weitervermittelnd bei der Regierung tätig zu sein. Das kann uns doch wirklich nicht als Verbrechen angerechnet werden, und ich würde es keiner Partei als Verbrechen anrechnen, wenn sie aus eigenem in einer solchen Lage, gedrängt einerseits durch die wirtschaftliche Not, andererseits durch das Elend der Staatsangestellten, die Initiative ergriffen hätte. So steht die Sache.

Nun hat gestern im Laufe der Verhandlungen Kollege Dr. Bauer — er ist leider nicht da — gesagt, wir müssen den Großdeutschen eine Atempause geben, und deshalb werden wir trachten, daß die Vorlage nicht heute im Hause erledigt wird, sondern erst morgen. Wenn ich Formaljurist wäre, würde ich sagen: Mit dem Augenblick, mit dem der

Finanzausschuß seine Tätigkeit geschlossen hat, bin ich außerhalb des Wortes. Nun, wir waren aber nicht so formaljuristisch, und ich darf Ihnen sagen, daß wir nachmittags bis spät in die Abendstunden hinein noch verhandelt und gesagt haben: Wenn die passive Resistenz jetzt bedingungslos eingestellt, sind wir, trotzdem der Terminverlust eingetreten ist, bereit, weiter zu verhandeln. *(Lebhafter Beifall. — Stika: Das ist ein boshafter Standpunkt!)* Aber um Gotteshimmels willen, wenn Sie den neuen guten Willen als Bosheit auslegen, dann kann ich mit Ihnen nicht reden! *(Zelenka: Wenn die Regierung das verlangt hätte, würde ich es verstehen! Aber Sie als Partei!)* Herr Kollege Zelenka, Sie kennen die Organisation der großdeutschen Volkspartei wahrscheinlich genau so wie ich selber. Ja, wir haben ja andere Leute auch, welche sagen: Stellt die passive Resistenz doch ein, trachtet, daß sie eingestellt werde! *(Zwischenrufe.)* Gestatten Sie mir, daß ich weiterrede! Wir haben bis zum letzten Augenblick gewartet, und es ist keine Erklärung gekommen, daß die passive Resistenz eingestellt wird. Wenn es sich, sagen wir, um ein politisches Intrigen-spiel handeln sollte, wenn die Herren wirklich einerseits etwas geben, andererseits die gegenwärtige Mehrheit sprengen wollten, wäre das gestern in Ihrer Hand gelegen. Es heißt ja sonst immer: Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will! Sie hätten es in der Hand gehabt. Ich bin überzeugt, daß die nationalen Postler, daß die christlichen Postler, die sich der Führung des Dr. Maier anvertraut haben, glatt auch mit für die Einstellung der passiven Resistenz gestimmt hätten. Das ist nicht geschehen.

Und jetzt gestatten Sie mir, weil wir schon im Detail sind, daß ich weiterspreche. *(Zwischenrufe.)* Ich war ein Gewerkschaftler, der, wenn er Solidarität versprochen hat, auch Solidarität gehalten hat. *(Lebhafter Beifall und Zwischenrufe.)* Nun, wie war es denn gestern? Wenn für ein kleines Plus die kleine Gruppe, die gegenwärtig im Streit steht, herauskommt, dann wäre man bereit gewesen, die passive Resistenz einzustellen. Meine Herren, denken Sie über die Solidarität, wie Sie wollen — ich bilde mir mein eigenes Urteil. *(Zwischenruf Zelenka.)* Ich bin genau darin bewandert, wie sich derartige Dinge abspielen, und ich weiß, daß Führer, die ein solches Vertrauen genießen wie der Abg. Zelenka innerhalb der Telegraphen- und Telephonbediensteten, wie vielleicht auch der Herr Maier und die übrigen Führer, imstande sind, unter Umständen die größte Vertrauensmännerversammlung in einer halben Stunde herumzureißen. Gewiß es ist das nirgends so leicht. *(Zwischenruf Austerlitz.)* Herr Kollege Austerlitz, wir zwei werden uns nie verstehen; das ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß wir zwei nicht aus dem gleichen Holz geschnitten sind; deshalb verstehen wir uns nicht.

(Witternigg: Die Großdeutschen hätten den Streikenden nichts anderes zu sagen brauchen als: Wenn ihr einstellt, sind wir bereit, diese und jene konkreten Anträge zu stellen und dafür einzutreten!) Bitte, dann steht die Sache so, Herr Kollege Witternigg! *(Zwischenrufe.)* Lassen Sie mich einen Augenblick reden, ihr könnt dann weiterreden. Die Bedingung hat gestern gelautet, daß wir den sozialdemokratischen Antrag unterstützen, der lautet: 50 Prozent im Dezember und 50 Prozent im Juni. Nun, meine sehr geehrten Herren, muß ich schon sagen, daß dort, wo es sich um denkende öffentliche Angestellte handelt, heute dieser Antrag, der Minderheitsantrag selbst, als Demagogie bezeichnet wird. *(Rufe: Sehr richtig! — Widerspruch.)* Ganz gewiß! *(Zwischenrufe.)* Ich habe bei der ersten Lesung des Abgabenteilungsgesetzes darauf aufmerksam gemacht, wozu wir unter Umständen Überschüsse im Budget oder Überschüsse in den Kassen brauchen werden. Damals hat es geheißen, diese Überschüsse sind ganz an die Länder hinauszugeben. Ich habe gesagt, wir werden sie für die Befriedigung der Beamtenforderungen brauchen, für Steuerermäßigungen, die nicht allein von uns, sondern auch von Ihnen vorgeschlagen wurden, und der Kollege Fink hat gesagt, wir werden sie dazu brauchen, um endlich einmal die Alters- und Invaliditätsversicherung in Kraft treten zu lassen. Nun, jetzt stehen Sie auf dem Standpunkt, daß trotz allen diesen Forderungen 100 Prozent gegeben werden müssen. Ich gestehe offen, ich habe nie auf der Basis von 100 Prozent verhandelt, weil ich es für unmöglich hielt, aber ich bin für einen niedrigeren Satz eingetreten. *(Witzany: Stellen Sie Anträge!)* Nun, Herr Kollege Witzany, Sie wissen ganz genau, wie gegenwärtig die Situation steht. *(Zwischenrufe Austerlitz.)* Sie müssen lauter reden, Herr Kollege Austerlitz, ich verstehe Sie nicht.

Präsident Dr. **Waber:** Ich muß feststellen, daß man infolge des fortwährenden Lärmes die Zwischenrufe nicht bis hieher hört!

Dr. **Straßner:** Ich glaube — und darin stimme ich mit Herrn Zelenka völlig überein —, den Beamten ist wenig damit gedient, wenn wir uns hier herumstreiten, und ich hatte bei ähnlichen Anlässen oft das Gefühl, es ist doch etwas recht Häßliches im Leben der Menschen, daß mit der Not und mit dem Elend einer Gruppe unserer Bevölkerung oder eines ganzen Volkes ... *(Austerlitz: Schindluder getrieben wird!)* Ja, Schindluder getrieben wird! *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Das ist der richtige Ausdruck, falls er parlamentarisch ist. *(Zwischenrufe.)* Ich halte es infolgedessen in der gegebenen Situation für das Richtige, an die Bundesregierung und namentlich an den Minister für Finanzen das Ersuchen und den Appell zu richten, für das Jahr 1929 die Versprechungen,

die zum Teil schon gegeben wurden, zu verwirklichen und über diese Versprechungen noch hinauszuweisen. Gewiß, wenn wir einseitig nur von der Materie aus, die uns heute beschäftigt, die Frage beurteilen, dann wird es ja manchen geben, der sagt, da könnte mehr gegeben werden. Aber wir haben als Parlament die Frage eben auch aus anderen Gesichtswinkeln zu beurteilen, und den Überblick, wie das zu machen ist, den hat wohl am besten der Bundesfinanzminister. Und deshalb richte ich erneut den Appell an den Bundesminister für Finanzen, hier im offenen Hause zu erklären, daß er im nächsten Jahre wesentlich mehr für die Besserstellung der Bundesangestellten, ob in der einen oder in der anderen Form, geben wird. (*Baumgärtel: Das heißt, Sie treiben schon für das nächste Jahr Demagogie!*) Hat etwas anderes vielleicht Ihr Kollege getan? Ich stelle also dieses Ersuchen schon heute und hoffe, daß es Erfolg haben wird. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Präsident Dr. Waber: Das Wort hat der Herr Abg. Janicki. (*Zelenka [zu Dr. Straffner]: Sie haben ja gestern erklärt, daß Sie ausreichende Anträge für die Arbeiter stellen werden!* — *Dr. Straffner: Wo?* — *Zelenka: Sie haben es gestern versprochen im Finanz- und Budgetausschuß!* — *Dr. Straffner: Ich habe gesagt, geben Sie mir die Anträge, damit ich sie anschauen kann!*)

Janicki: Hohes Haus! Die Vorlage der Regierung, die wir heute hier behandeln, ist gewissermaßen der Schlüsselpunkt einer sehr traurigen Komödie, die seit Monaten mit den wirtschaftlichen Interessen der Bundesangestellten aufgeführt wird. Zuerst ist es nur die hohe Bundesregierung, sind es der Herr Finanzminister und der Herr Bundeskanzler gewesen, die als Hauptakteure in dieser Komödie aufgetreten sind. Im letzten Stadium . . . (*Manhalter: Im zweiten Akt sind Sie gekommen!*) Nein, Sie spielen in allen Akten mit, und zwar spielen die Herren Christlichsozialen dabei die Rolle der Stummen von Portici, Sie reden überhaupt nichts. Da Sie so neugierig sind, stelle ich fest, daß in der ganzen Debatte über diese Beamtenvorlage — so wie immer — nicht ein einziger Christlichsozialer Abgeordneter das Wort ergriffen hat. (*Dr. Odehnal: Wer bin ich?*) Sie sind Berichterstatter des Ausschusses und vertreten die Vorlage, ob sie gut oder schlecht ist. Aber von der Partei selbst hat niemand dazu gesprochen, den Standpunkt der Christlichsozialen Partei hat nicht ein einziger Abgeordneter zum Ausdruck gebracht, obwohl genügend Beamtenvertreter in Ihren Reihen sitzen. Also bitte Vorsicht, meine Herren: Wenn man in einem Glashaus sitzt, soll man auf andere nicht mit Steinen werfen! Im letzten Stadium haben sich dann freiwillig die Herren Großdeutschen als Mitspieler gemeldet, um dieses

Stadium interessanter, und zwar für die Öffentlichkeit heiterer, für die Beamten aber dafür um so trauriger zu gestalten.

Bevor ich auf die Umstände näher eingehe, die dafür entscheidend sind, daß die Bundesangestellten nicht mehr bekommen, als die Regierungsvorlage vorsieht, möchte ich auf einige Bemerkungen des Herrn Berichterstatters zurückkommen. Der Herr Berichterstatter hat in seinen Ausführungen auch darauf hingewiesen, daß ja die Bundesregierung emsig und eifrig und ständig mit den Vertretungskörpern der Beamten verhandelt hat und immer verhandelt und mit der größten Zähigkeit verhandelt und daß die Regierung ja den Beamten bei diesen Verhandlungen bis ins kleinste Detail auseinandergelegt hat, welche Umstände es ihr unmöglich machen, weiter zu gehen.

Da möchte ich zu dieser Frage der Verhandlungskörper der Beamten etwas sagen, weil das auch dafür bezeichnend ist, wie seitens der Bundesregierung und der Mehrheitsparteien die Frage der Vertretungskörperschaften der Beamten behandelt wird. Im Jahre 1924 wurde der sogenannte Fünfundzwanzigerausschuß geschaffen, und zwar über Anregung der damaligen Bundesregierung selbst. Dieselben Herren Seipel und Riebenböck waren es, die damals den Beamten gegenüber erklärt haben: Ja, mit so vielen und mit so einer ganz unorganisierten Gesellschaft kann man nicht verhandeln, schafft euch eine Verhandlungskörperschaft, und die wird anerkannt werden! Die Beamten haben sich das nicht zweimal sagen lassen, sie haben den Fünfundzwanzigerausschuß organisiert. Und dieser Fünfundzwanzigerausschuß hat vom Jahre 1924 an alle Beamten, ausgenommen die im Verkehrsdienst stehenden, vertreten. Nach dem Jahre 1924 ist dann zunächst im Jahre 1926 die Richtervereinigung ausgeschieden, die aus prinzipiellen Gründen den Fünfundzwanzigerausschuß verlassen hat, weil die Richtersorganisation erklärt hat, daß sie die Anwendung gewerkschaftlicher Kampfmittel bei öffentlichen Angestellten grundsätzlich ablehne. Sie hat das Richtige getan, sie hat sich aus einer Körperschaft, die die Anwendung dieser Mittel bejaht, zurückgezogen. Das ist reinlich gehandelt und anständig gewesen, und dieser Grund ist auch zu achten, wenn er auch der Meinung der Mehrheit der Beamtenschaft nicht entspricht. Aber dann später haben sich ganz andere Dinge abgespielt. Die Regierung hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß der Fünfundzwanzigerausschuß die alleinberechtigte Verhandlungskörperschaft für alle Bundesangestellten ist, und als im Jahre 1926 der Konflikt zwischen christlicher Gewerkschaft und den übrigen Organisationen im Fünfundzwanzigerausschuß auch wegen der Streiffrage entstanden war, als die christliche Gewerkschaft den Fünfundzwanzigerausschuß verlassen hat — ich will

mich milde ausdrücken — und die anderen Beamtenorganisationen, also der Fünfundzwanzigerausschuß verkleinert um die christliche Gewerkschaft, zur Bundesregierung kamen, hat damals die Bundesregierung erklärt, das sei eine Kumpfförperschaft, mit der verhandle sie nicht, sie verhandle nur dann mit dem Fünfundzwanzigerausschuß, wenn alle Organisationen darin wieder vereinigt sind. Gemeint war natürlich die christliche Gewerkschaft, die unter einem gewissen Zwang den Ausschuß verlassen mußte. Auch das war ein Standpunkt! Man kann dafür, man kann dagegen sein, aber es war ein klarer Standpunkt: die Regierung wünscht nur eine Vertretung der Bundesangestellten, und sie lehnt es aus irgendwelchen Gründen ab, mit einer von der Gesamtvertretung abgesplitterten Organisationsgruppe zu verhandeln. Das war im Jahre 1926. Die Zeiten ändern sich, hohes Haus, und die Standpunkte und Grundsätze der hohen Bundesregierung und der Mehrheitsparteien ändern sich noch viel öfter und viel mehr. Im Jahre 1927 ist im Zusammenhang mit den Wiener Ereignissen vom 15. Juli, unter Mißbrauch der Dienstgewalt der höheren Funktionäre der Wiener Polizeidirektion — ich glaube, das Muster haben sie von irgendwo anders bezogen —, eine neue Organisation der Wachebeamten entstanden, und zwar der sogenannte Wirtschaftsverband oder die Wirtschaftsvereinigung der Wachebeamten Österreichs, die der Typus einer gelben, unter dem Einfluß des Dienstgebers stehenden Organisation ist. (*Doppler: Das ist eine Beleidigung!*) Das ist die Wahrheit; wenn die Wahrheit beleidigend ist, dann mögen das die Herren verantworten, die sich zu dieser Lumperei hergegeben haben. Diese Organisation hat um Aufnahme in den Fünfundzwanzigerausschuß angefragt. Der Fünfundzwanzigerausschuß hat so viel gewerkschaftliches Reinlichkeitsgefühl gehabt, daß er es doch nicht für richtig befunden hat, sich mit solchen Leuten zusammenzusetzen. Aber dem ist, hohes Haus, etwas vorausgegangen. Die Frage der Aufnahme in den Fünfundzwanzigerausschuß war schon durch die Bundesregierung präjudiziert. Den Herrn Minister Vaugoin freut, wie ich sehe, diese Sache, weil er ganz gut weiß, daß er in seinem Ressort im heurigen Jahre ein ähnliches Kapitel zu verzeichnen hat. (*Zwischenruf Vaugoin.*) Gewiß erweckt das Heiterkeit, Sie werden noch Gelegenheit haben, über Ihren Wehrbund zu lachen.

Diese Wirtschaftsorganisation hat sich, noch bevor der Fünfundzwanzigerausschuß Stellung nehmen konnte, mit dem Herrn Bundeskanzler in Verbindung gesetzt, und als der Fünfundzwanzigerausschuß, der bis dahin von der Regierung selbst zur einzig berechtigten Beamtenvertretung gestempelt war, bei der Regierung erschien, teilte der Herr Bundeskanzler dem Fünfundzwanzigerausschuß mit — das

war sozusagen die Geburtsanzeige, er war ja auch einer der geistigen Geburtshelfer bei der Entstehung dieser Organisation —, daß dieser neue Wirtschaftsverband der Wachebeamten um die Anerkennung als Verhandlungskörper angefragt habe und daß es die Bundesregierung für gut befunden habe, ohne vorher mit der gesamten Beamtenvertretung in Verbindung zu treten, in einem Briefwechsel dem Wirtschaftsverband das Recht der Sondervertretung seiner Gruppe einzuräumen. Sie sehen also: Im Jahre 1926 brüstet die Regierung 90 Prozent der ganzen Beamtenschaft, weil eine Organisation, die 10 Prozent repräsentiert, für kurze Zeit aus dem Fünfundzwanzigerausschuß hinausgehen mußte, erklärt die Regierung, sie verhandle nicht früher mit diesen 90 Prozent, bevor die 10 Prozent nicht wieder dabei sind. Im Jahre 1927 setzt sich die Regierung über den Fünfundzwanzigerausschuß hinweg und sagt: Es ist eine neue Verhandlungskörperschaft für die Wachebeamten entstanden, die nach dem 15. Juli aus der freien Gewerkschaft und auch aus anderen Organisationen ausgetreten sind — diese Organisation ist anerkannt. Das war im Jahre 1927. Herr Kollege Doppler! Brummen Sie da nicht etwas über den Fünfundzwanzigerausschuß. Erstens einmal möchten Sie selbst gerne darinnen sein und zweitens sitzen Ihre Leute darinnen (*Doppler: Sie verhindern, daß etwas Besseres geschaffen wird!*), und wenn Sie... (*Doppler: Sie verhindern, daß etwas Besseres kommt!*) Herr Kollege Doppler! Ihre Methode kennen wir. Es ist die Methode des Nebelhorns, das ununterbrochen denselben Ton von sich gibt. Sie glauben, daß das mehr Eindruck macht. Da irren Sie sich aber. (*Rufe Schlesinger gegen Doppler.*)

Präsident Dr. **Waber**: Diese Zwischenrufe sind absolut unzulässig. Ich bitte die Herren, sich damit zu begnügen, Zwischenrufe gegen den Redner zu machen. Aber Zwiegespräche müssen unterlassen werden. Das Wort hat der Herr Abg. Janicki.

Janicki (*fortsetzend*): Nach diesem kleinen Zwischenfall komme ich wieder auf die Wacheorganisationsorganisation zurück und stelle fest, daß im Jahre 1927 schon zwei Verhandlungskörperschaften bestanden, daß der Grundsatz der einheitlichen Verhandlungskörperschaft von der Regierung selbst binnen Jahresfrist zur Seite geworfen wurde, weil es ihre Interessen gefordert haben, weil es zweckmäßig war, die Beamten zu spalten, und weil es zweckmäßig war, diese aus den Wacheorganisationen ausgeschiedene Gruppe dafür zu belohnen, daß sie an ihren eigenen Interessen und an ihren eigenen Kameraden Verrat begangen hatte. Um ihr ein bißchen moralisches Rückgrat zu geben, hat man sie als eigene Verhandlungskörperschaft anerkannt.

Nun kommt das Jahr 1928. Jetzt geht es der Regierung mit der Handhabung des Grundsatzes von der einheitlichen Interessenvertretung der Beamten, wie es mit einem jetzt sehr stark in Gebrauch stehenden Volksmedikament geht. Ich habe gehört, daß jetzt die sogenannten japanischen Schwammerln sehr stark in Schwung sein sollen, die die Eigenschaft haben, jede Woche einen Ableger abzugeben. Und so macht es jetzt die Regierung. (*Doppler: Verwenden Sie das auch?*) Ich habe das nicht notwendig, das haben nur die Herren notwendig, Herr Kollege Doppler, die ihre Grundsätze so rasch ändern wie Ihre Herren und Ihre Regierung. (*Doppler: Aber den Beweis bleiben Sie schuldig! Sie können nur denunzieren, verleumden und Demagogie treiben, aber sonst nichts!*) Herr Kollege Doppler, sind Sie vorsichtig mit den Worten „denunzieren und verleumden“, denn ich erkläre Ihnen, es ist gerichtsordnungsmäßig nachgewiesen, daß gewisse Leute, hinter denen Sie sich versteckt haben, den Wahrheitsbeweis für die Denunziationen und Verleumdungen nicht erbringen konnten und verurteilt wurden. Sie haben ja nicht die Courage gehabt, selber in den Vordergrund zu treten. (*Hört!*) Sie haben sich so einen Sühredakteur als Opfer genommen. (*Doppler: Damit habe ich gar nichts zu tun!*) Sie sind immer der Unschuldengel. Ja, so schauen Sie aus. (*Zwischenrufe. — Doppler: Der Janicki ist nicht so gefährlich, er redet nur sehr viel!*) Ich rede beinahe schon soviel und so schön wie der Kollege Doppler. Also Herr Kollege ... (*Doppler: Sind wir wieder gut!*) Also sind wir wieder gut.

Passen Sie auf. Das mit den Schwammerln ist so: Jede Woche ein neues Schwammerl. Und die Regierung macht es mit der Beamtenvertretung folgendermaßen: Jedes Jahr eine neue Vertretungskörperschaft der Beamten, und zwar diejenige, die die Solidarität mit den anderen bricht. Heuer, im Jahre 1928, erscheint in dem Augenblicke, wo die gesamte Beamtenschaft sich in der kritischsten Lage befand, im schärfsten Abwehrkampf mit der Regierung stand, wo alle Gedanken und die ganze Arbeitskraft der Beamtenvertreter nur darauf gerichtet waren, die Interessen der Beamten gegenüber der Regierung zu vertreten, auf einmal der christlichsoziale Wehrbund auf der Fläche und erklärt: Beamtenfragen, Gehaltserhöhungen sind zwar auch eine ganz gute Sache, aber viel wichtiger als die Gehaltserhöhungen der Beamten ist es, ob der Wehrbund im Fünfundzwanzigerausschuß die von ihm gewünschte Anzahl von Mandaten als selbständige Organisation erhält, erklärt, bevor der Wehrbund im Rahmen des Fünfundzwanzigerausschusses überhaupt verhandelt, muß die Frage entschieden werden, daß ihm eine Anzahl von Sitzen zugebilligt wird. Ich sehe, Herr Minister, daß Sie davon wissen, was mir beweist, daß Sie

den Herren die Erlaubnis zur Einbringung dieser Forderung gegeben haben. Die Herren vom Wehrbund sind vorsichtig, ohne Ihre Erlaubnis machen sie nichts, das wissen wir schon. Der Fünfundzwanzigerausschuß hat sich auf den Standpunkt gestellt, jetzt ist nicht die Zeit, über Vertretermandate zu verhandeln, jetzt haben wir mit der Regierung über Gehaltsfragen zu verhandeln. Was hat daraufhin der Wehrbund gemacht? Der Wehrbund ist zur Regierung gegangen und die Regierung hat ihn bereitwilligst als neuen Verhandlungskörper anerkannt.

So war es also vom Jahre 1926 bis 1928. Im Jahre 1926 verweigert die Regierung die Verhandlungen mit den Beamten, weil die kleine Gewerkschaft der Christlichsozialen eine Zeitlang nicht in dem Ausschusse sitzt. (*Zwischenrufe.*) Im Jahre 1927 verhandelt die Regierung mit dem Fünfundzwanzigerausschuß und daneben schon mit einer von ihr selbst ins Leben gerufenen neuen Verhandlungskörperschaft, und im Jahre 1928 kommt der Wehrbund dazu. Wir haben also jetzt glücklich drei Verhandlungskörperschaften der Bundesangestellten und außerdem den Zentralausschuß der Post-, Telegraphen- und Telephonangestellten. Das nennt man Verhandlungsmethodik! Die Regierung muß jetzt alles, was sie den Beamten zu sagen hat, viermal sagen. Die Angestelltenvertreter sitzen nebeneinander in vier Zimmern, und der Herr Bundeskanzler und der Herr Finanzminister wandern von einem Zimmer in das andere und erzählen in jedem Zimmer dasselbe. Wenn das keine Lächerlichkeit ist und wenn das im Interesse der Beamten und auch im Interesse einer richtigen Verhandlungstechnik gelegen ist, dann verstehe ich davon wirklich nichts.

Sie sehen also, wie sich der Standpunkt der Regierung dann ändert, wenn es sich um christlichsoziale, um der Regierung nahestehende Organisationen handelt. Die Regierung fühlt sich berufen, der Schutzpatron der christlichsozialen Organisationen zu sein. Sie sollte der absolut objektive Vertreter des Dienstgebers allen Organisationen gegenüber sein, nicht aber der Schutzpatron derjenigen, die sie — sagen wir — etwas mehr der Förderung würdig findet. (*Doppler: Das sind noch lange nicht die Speiserschen Methoden!*) Es geht Ihren Parteigenossen im Rathaus bei den Speiserschen Methoden so gut, daß die Bundesangestellten froh wären, wenn diese Methoden ihnen zugute kämen. (*Beifall und Händeklatschen. — Bundesminister Vaugoin: Na, na!*) Jedenfalls sind die Speiserschen Methoden für die Gemeindebeamten wirtschaftlich noch immer vorteilhafter als die Riebenböckischen Methoden für die Bundesangestellten. (*Beifall. — Zwischenrufe.*) Speiser hat konsequent den Grundsatz, nur mit einer Vertretung zu verhandeln, fest-

gehalten, während die Bundesregierung diesen Grundsatz aufgegeben hat. (Doppler: Er verhandelt nur mit dem Verband, die anderen sind ausgeschlossen!) Nein, ausgeschlossen werden nur die, die nichts bedeuten und nichts zu sagen haben.

Nun, hohes Haus, so schaut es mit den Verhandlungskörperschaften aus. Ich möchte jetzt noch zu einer anderen Bemerkung des Herrn Berichterstatters etwas sagen. Der Herr Berichterstatter hat mit Bezug auf die Vorlage gemeint, das programmatische Bestreben der Regierung, auf dem Wege zur Valorisierung Fortschritte zu machen, habe durch die Forderung nach dem 13. Monatsgehalt gewissermaßen eine Verschiebung erlitten, das heißt, die Forderung nach dem 13. Monatsgehalt habe die Pläne der Regierung verschoben, die dahin gehen, Fortschritte in der Richtung der Valorisierung zu machen. So wurde es gesagt. Ich muß hier nun neuerlich auf etwas aufmerksam machen: Hier wird ein wirklich nicht schönes Spiel mit dem Schlagwort von der Valorisierung getrieben. Von diesem Schlagworte können die Beamten nicht leben, Herr Kollege Odehnal, und die schönsten Programme des Herrn Bundeskanzlers über Valorisierung bedeuten für die Beamten gar nichts, wenn in Wirklichkeit der Realwert ihrer Bezüge dabei von Jahr zu Jahr niedriger wird. Für die Beamten ist nicht ausschlaggebend, unter welchem Namen sie ein ihnen die Lebensmöglichkeit verbürgendes Einkommen beziehen, sondern daß sie es überhaupt bekommen. Da wird immer von Valorisierung gesprochen, und dabei wird der Realwert der Bezüge von Jahr zu Jahr geringer. Für diese Art der Valorisierung bedanken sich die Beamten selbstverständlich, sie verzichten darauf. Die Valorisierung kann erst dann wirklich beginnen, man kann erst dann von einem Fortschritt in der Valorisierung reden, wenn der Realwert der Bezüge vom Jahre 1924, welches Jahr als der Moment der Stabilisierung der Bezüge von der Regierung bezeichnet wurde, wiederhergestellt wird.

Dann hat der Herr Kollege Odehnal hier in sehr schüchterner und mehr als vorsichtiger Form einen Wechsel auf eine ungewisse Zukunft präsentiert. Der Herr Kollege Odehnal hat schüchtern gemeint, daß man, wenn man die Verhandlungen der Beamten mit der Regierung genau verfolgt hat, aus den Äußerungen der Regierung heraus hören konnte, daß für das Jahr 1929 für den Fall, als die Gehörung ein günstiges Ergebnis zeitigt, die Möglichkeit besteht, daß die jetzt in der Vorlage vorgesehenen Ansätze für das Jahr 1929 eine Erhöhung erfahren. (Dr. Odehnal: Halte ich aufrecht!) Man kann diese Meinung auch mit den Worten ausdrücken: Nichts gewisses weiß man nicht. (Dr. Odehnal: Wir werden es heute vom Herrn

Minister erfahren.) Glauben Sie? (Dr. Odehnal: Ich hoffe.) Sie hoffen? Dann hoffe ich mit. Allerdings, Herr Kollege Odehnal, wird mir das sehr schwer. Wenn man Hoffnungen auf Herren von Ihrer Seite setzt, passieren einem ganz eigenartige Dinge. Zuerst habe ich auf Sie gehofft, Herr Kollege Odehnal. Wie ich im „Neuen Wiener Journal“ einen schönen Artikel von Ihnen gelesen habe, habe ich auf Sie gehofft. Meine Hoffnungen sind zu schanden geworden. Jetzt sagen Sie mir, ich soll auf den Finanzminister meine Hoffnungen setzen. Verzeihen Sie, ich weiß nicht, ob er in der Hinsicht vertrauenswürdiger ist als Sie. Aber wir können es abwarten. Jedenfalls wird man mit einer derartigen kauschufartigen Erklärung die Forderungen der Beamten nicht befriedigen können.

Nun möchte ich mich mit jenen Umständen beschäftigen, die dem Abschluß der heutigen Lohnbewegung der Bundesangestellten ein besonderes Kennzeichen aufdrücken. Ich habe früher gesagt: Die Vorlage ist der Abschluß einer sehr traurigen Komödie, die seit vielen Monaten zum Schaden der Bundesangestellten gespielt wird. Ich werde Ihnen das beweisen. Bereits im März dieses Jahres haben die Bundesangestellten der Regierung die Forderung nach einem 13. Monatsbezug überreicht. Die Regierung hat zuerst überhaupt abgelehnt, über diese Forderung zu verhandeln. Der Herr Bundeskanzler hat erklärt: Meine Herren, ich bin überrascht; wir haben doch ausgemacht, wir werden über das Valorisierungsziel reden, und jetzt kommen Sie und verlangen Geld. Man hat aus den Worten des Herrn Bundeskanzlers herausgehört, daß für ihn zwischen Valorisierungsziel und Gehaltserhöhung ein beträchtlicher Unterschied besteht. Das hat sich dann auch bewahrheitet. Nach einiger Mühe ist es im August gelungen, die Regierung doch dazu zu bringen, daß sie über den 13. Monatsgehalt verhandelt. Und nun haben sich die Verhandlungen hingeschleppt. Hier muß ich an einige Worte anknüpfen, die der Herr Bundeskanzler bei der ersten Lesung hier im Hause gesprochen hat. Der Herr Bundeskanzler hat unter Bezugnahme auf einen Vorwurf, den ich ihm gemacht hatte, gemeint, die arme Regierung kennt sich jetzt schon gar nicht mehr aus, sie weiß jetzt überhaupt nicht mehr, was sie tun soll. Was immer sie tut, es wird für schlecht befunden. Voriges Jahr hat die Regierung zuerst ein kleines Angebot gemacht. Dann hat sie es in mehreren Stappen gesteigert. Damals hätte man der Regierung den Vorwurf gemacht, das ist keine Verhandlungsmethode, so verhandelt man nicht; wenn Ihr wißt, was Ihr geben könnt, dann gebt gleich und spannt weder die Beamten noch die Öffentlichkeit auf die Folter. Heute, hat der Herr Bundeskanzler gemeint, hat er sich die Vorwürfe vom Vorjahre zu Herzen genommen und hat den Beamten daher gleich gesagt,

was die Regierung geben kann. Wieder ist es nicht recht, wieder werden ihm Vorwürfe gemacht, daß das keine Verhandlungsmethode ist. Und da hat der Herr Bundeskanzler eben gemeint, es sei nicht wahr, wenn behauptet wird, die Regierung hätte sich mit den Verhandlungen Zeit gelassen, die Regierung hätte die Verhandlungen absichtlich hingezogen, um mit ihrem Abschluß wieder in die Zeit knapp vor Weihnachten zu kommen, um auf diese Art einerseits den Druck des Termins und andererseits den Druck der öffentlichen Meinung gegen die Beamten mobilisieren zu können. Das hat der Bundeskanzler bestritten.

Ich bin in der Lage, einen stichhaltigen Beweis dafür zu geben, daß diese Verzögerungstaktik planmäßig betrieben wurde und daß es wirklich der Zweck war, den ich jetzt geschildert habe, wenn die Verhandlungen nicht vorwärtsgekommen sind. Am 1. Oktober hat der Herr Bundeskanzler, beziehungsweise in seiner Gegenwart der Herr Bundesminister für Finanzen, den Organisationen der Bundesangestellten gesagt, er sei nicht in der Lage, etwas Konkretes über die Stellungnahme der Regierung in der Frage des dreizehnten Monatsgehaltes zu sagen, weil er — am 1. Oktober 1928 — noch keinen Überblick über den Voranschlag für das Jahr 1929 hat. Acht Tage später war der Bundesvoranschlag in der Staatsdruckerei. Nun, das wird doch der Herr Finanzminister niemandem einreden können, daß er, wenn am 8. oder 9. Oktober der Voranschlag schon druckreif ist, am 1. Oktober noch nicht weiß, wie er ausschaut. Das wird er wohl niemandem glauben machen können. Wenn also der Herr Finanzminister es am 1. Oktober noch für gut befunden hat, den Beamten nichts Konkretes zu sagen, so ist das ein Beweis dafür, daß er Zeit gewinnen wollte, zu dem Zweck, den ich früher bezeichnet habe.

Hohes Haus! Man kann aber auch einen Beweis dafür, wie die Regierung Verhandlungen für ihre Zwecke beeinflusst, wie sie absichtlich die Bewegung der Bundesangestellten verlängert, auch aus den letzten Tagen, von gestern bringen. Schauen Sie, da ist der Herr Dr. Straffner aufgestanden und hat hier mit förmlich tränenerstickter Stimme darüber gejammert ... (Dr. Straffner: Ich bin nur heiser!) — ich meine das ja nur bildlich, Sie brauchen ja deswegen nicht wirklich zu weinen! — hier darüber gejammert, welche Schäden durch die passive Resistenz unserem Wirtschaftsleben zugefügt werden und wie verantwortungslos es eigentlich sei, daß man eine passive Resistenz macht. Nun, Herr Kollege Straffner, wenn Sie dieser Meinung sind, was sagen Sie dann dazu, wenn Sie hören, daß die Generalpostdirektion den strikten Auftrag von der Regierung bekommen hat, keine Verhandlungen mit dem Post- und Telegraphen-Zentralausschuß zu führen, die geeignet gewesen wären, die passive Resistenz

frühzeitig zu beenden, so lange diese Vorlage im Hause nicht erledigt ist? (Rufe: Hört! Hört!) Wer verlängert also die passive Resistenz? Nicht der Dr. Meier, sondern der Herr Dr. Seipel, der aus politischen Gründen die Verlängerung dieser passiven Resistenz braucht, der heute mit seinem Regieren so weit ist, daß er sogar die Spreize einer passiven Resistenz benötigt, um zu verhindern, daß seine glorreiche Mehrheit auseinanderfällt. So steht die Sache. (Sehr richtig!) Die Aufrechterhaltung seiner Regierung ist dem Herrn Dr. Seipel auch die schwersten Schäden der Volkswirtschaft wert. Er ist sich selbst der Nächste, dann kommt lange nichts und dann kommt erst alles andere.

In den letzten Tagen hat der Kampf um eine Verbesserung der Regierungsvorlage ganz besonders scharfe Formen angenommen. Dieser Kampf wurde auf verschiedenen Kampffeldern geführt, einesteils immer noch dadurch, daß ein gewisser Teil der Angestellten nicht alle Verhandlungsmöglichkeiten abbrach und daher sogar gestern zum Beispiel mit der Regierung neuerlich Verhandlungen anknüpfen konnte, andererseits aber dadurch, daß sich die Beamten in den letzten Tagen an die Parteien des Hauses mit der Bitte wandten, in diesem Streit mit der Regierung zu vermitteln. Was sich da in den letzten Tagen abspielte, spottet jeder Beschreibung. Wir haben in diesen Jahren schon sehr viel erlebt, wir haben schon oft gesehen, mit welcher Unaufrichtigkeit jedesmal die Beamtenfrage behandelt wird, wenn sie in dieses Haus kommt, wie die Mehrheit dieses Hauses zwar jedesmal Krokodilstränen zerdrückt über die Not der Beamten, trotzdem aber rücksichtslos über diese Not mit ihrer Abstimmung hinweggeht. Was aber diesmal geleistet wurde, das überbietet einfach alles bisher Dagewesene. Die Beamten haben sich an alle Parteien gewandt. Die christlichsoziale Partei hat den Beamten gesagt, beziehungsweise die Herren, die die Deputation empfangen, sagten den Beamtenvertretern, sie würden an den Klub berichten und dann würden die Beamten Antwort bekommen. Es ist nicht bekannt, ob an den Klub berichtet wurde. (Dr. Odehnal: Jawohl!) Aber bekannt ist, daß der Fünfundzwanzigerausschuß bis heute von der christlichsozialen Partei keine Antwort bekommen hat, denn die Antwort der Regierung kann man nicht als eine Antwort der christlichsozialen Partei auffassen. So weit sind wir nämlich noch nicht, daß eine völlige Identifizierung zwischen Regierung und christlichsozialer Partei, sozusagen schon eine Verpersönlichung dieser Begriffe vorhanden wäre, und solange das nicht der Fall ist, muß die christlichsoziale Partei noch als Partei selbst eine Antwort geben und nicht durch den Mund des Finanzministers oder Bundeskanzlers, sondern durch einen ihrer verantwortlichen Vertreter. Denn sonst hätten es ja die Beamten nicht notwendig, zur christlichsozialen Partei

zu gehen; wenn sie die Antwort durch den Finanzminister bekommen, können sie ja gleich zum Finanzminister gehen und sich die Antwort holen. (Dr. Odehnal: Die Antwort ist geschrieben!) Und der Fünfundzwanzigerausschuß bekommt sie, bis die Kuh aus dem Stall ist? (Dr. Odehnal: Vielleicht ist sie wegen der passiven Resistenz noch nicht angekommen!) Also Sie auch? Das ist ja nett. Jetzt wissen wir es endlich, die Herren Großdeutschen sind also mit ihrem Scharfmacherstandpunkt: Zuerst muß die passive Resistenz aufhören, dann wird mit den Beamten geredet, nicht mehr allein. Die christlich-soziale Partei redet mit den Beamten nicht einmal mehr schriftlich, solange die passive Resistenz dauert. (Dr. Odehnal: Aber nein! Der Brief ist wahrscheinlich bis jetzt nicht hingekommen, weil die passive Resistenz besteht! Drehen Sie das doch nicht so um!) Sie haben gesagt, der Brief ist fertig, aber es ist jetzt passive Resistenz. (Dr. Odehnal: Der Brief ist wahrscheinlich bis jetzt nicht hingekommen, weil passive Resistenz ist!) Was Sie nicht sagen! (Dr. Odehnal: Ich sage Ihnen, der Brief ist abgegangen!) Wir werden schon sehen, wann er kommt. Aber ich sage Ihnen gleich, die Ausrede auf die passive Resistenz wegen eines Briefes, der den Adressaten nicht rechtzeitig erreicht, ist wohl etwas schwach, denn das wäre einfacher zu machen gewesen: Sie hätten bloß Ihren Klubdiener mit diesem Brief in das XVIIIer-Lokal schicken brauchen, dann wäre der Vorwand der passiven Resistenz weggefallen. Sie haben aber offenbar den Kopf so voll damit gehabt, darüber nachzudenken, wie man die Vorlage für die Beamten verbessern könnte, daß Ihnen das nicht eingefallen ist. Das heißt also, die christlichsoziale Partei hat gesagt ... (Zwischenruf des Berichterstatters Dr. Odehnal.) Sie haben gesagt, wie wir jetzt gehört haben, der Brief ist nicht angekommen, weil passive Resistenz bei der Post ist. Was in dem Brief drinnen steht, weiß der Fünfundzwanzigerausschuß noch nicht.

Der Landbund hat erklärt, daß er aus eigener Initiative keine Verbesserungsanträge stellen kann. Das kann man vom Landbund auch nicht verlangen — das wissen wir ja —, weil der Landbund immer gegen die Beamten auftritt. Er werde aber keine Schwierigkeiten machen, falls jemand anderer Verbesserungsanträge stellt. (Widerspruch des Abg. Zangel.) Das war die Antwort, die uns Ihr Kollege Tauschitz gestern im Finanzausschuß mitgeteilt hat. (Zangel: Niemand hat das behauptet!) Machen Sie das mit Ihrem Klubgenossen Tauschitz aus, das hat er gestern im Finanzausschuß gesagt. (Zangel: Er hat keinen Auftrag gehabt!) Ja, wenn er keinen Auftrag dazu gehabt hat, so bin ja nicht ich daran schuld, das müssen Sie wieder ihm sagen. (Zangel: Wenn ich meinen Standpunkt vertrete, trete ich nicht

gegen die Beamten auf!) Nein, noch nie sind Sie gegen die Beamten aufgetreten. Ich werde Ihnen mehrere stenographische Protokolle über Sitzungen des Hauses vorlegen, in denen Sie lesen können, was Ihre Herren über die Beamten gesagt haben. Aber sehen Sie — es ist immer gut, wenn man alles bei sich hat —, ich habe da ein Blatt des Reichsverbandes der öffentlichen Angestellten, in dem ein kleines Feuilleton über die Gehaltsverhandlungen und die Öffentlichkeit enthalten ist, und da steht eine schöne Geschichte darin von einem Landbündler, den Sie sehr gut kennen werden, und zwar ist das der Herr Landtagsabgeordnete Franz Kaplaner aus St. Andrä — ich vermute im Lungau oder irgendwo —, der die Beamten als notwendiges Übel bezeichnet hat. (Hört! Hört!) Das ist der Standpunkt, den Ihre Parteigenossen in der Öffentlichkeit — und diese Bemerkung hat er mit Bezug auf die jetzigen Gehaltskämpfe der Beamten gemacht — zum Ausdruck bringen. Ich glaube, ich habe damit die Verschiedenheit in der Auffassung, welchen Standpunkt der Landbund in der Beamtenfrage einnimmt, beseitigt. Ich bin bereit, Ihnen das Blatt zur Verfügung zu stellen, wenn Sie es noch nicht wissen sollten. (Zangel: Das müssen Sie mit ihm ausmachen!) Verzeihen Sie, er gehört doch Ihrer Partei an, nicht meiner. Sollen wir Ihre Leute erziehen? Das ist doch etwas zu viel verlangt.

Jetzt komme ich zu den Herren Großdeutschen. Die Herren Großdeutschen waren heute schon im Laufe der Ausführungen des Kollegen Zelenka ziemlich aufgeregt. Ich begreife Ihre Aufregung, aber ich muß Ihnen sagen, Sie sind selbst schuld daran, Sie selbst haben es so weit gebracht, daß jedes Wort der Kritik, das an Ihrer Haltung geübt wird, auf Sie wie ein Peitschenhieb wirkt, Sie selbst sind schuld daran. Das kommt von Ihrem ewigen Von-einem-Fuß-auf-den-anderen-treten-Wollen. Diesmal ist Ihnen aber etwas passiert, Sie haben den zweiten Fuß gehoben, bevor Sie den ersten noch auf den Fußboden gestellt hatten, und jetzt hängen Sie in der Luft, jetzt strampeln Sie in der Luft und da finde ich es ganz begreiflich, daß Sie dabei ein Geschrei machen.

Die Beamten sind auch zu Ihnen gekommen und wollten auch ihre Unterstützung haben. Das größte Vertrauen der Beamten, sozusagen ihre intensivsten Hoffnungen haben sich gerade auf Sie gerichtet. (Dr. Straffner: Nicht auf den Janicki?) Auf den Janicki haben sie sich insofern gerichtet, daß sie erwartet haben, daß der Janicki Vorschläge machen wird und die Herren Großdeutschen dafür stimmen werden. Janicki hat die Vorschläge gemacht, aber die Großdeutschen haben nicht dafür gestimmt.

Die Herren sind zu Ihnen gekommen und haben auch Sie um Vermittlung gebeten. Sie sind zu Ihnen gekommen in dem Bewußtsein, sie kommen

zu einer Partei, die, wenigstens früher einmal, eine ausgesprochene Beamtenpartei gewesen ist, deren Wähler in der Hauptmasse früher einmal Beamte gewesen sind. (*Zarboch: Bevor der Janicki aufgestanden ist!*) Ja, es tut mir ja sehr leid, aber ich kann Ihnen nicht helfen, ich bin nun einmal da und Sie werden sich damit abfinden müssen. Auch wenn ich Ihnen auf die Nerven gehe, so bin ich doch da. Da nützt nichts. (*Zarboch: Das kann man leider nicht verhindern!*) Man hat schon früher nicht verhindern können, daß Sie herein kommen. Warum hätte man es bei mir machen sollen? (*Dr. Straffner: Herr Abg. Janicki, darf ich einen Zwischenruf machen? Ich erinnere an eine Innsbrucker Rede von Ihnen, da hat es geheißen, wir sind keine Beamten-, sondern eine Kapitalistenpartei!*) Das ist wahr. (*Dr. Straffner: Jetzt sind wir aber die Beamtenpartei!*) Verzeihen Sie, ich habe ausdrücklich gesagt, Sie waren eine Beamtenpartei, Ihre Wähler waren in der Mehrheit einmal Beamte. Aber heute ist es eben anders. Diese Voraussetzungen, die die Beamten bei Ihnen noch vermutet haben, treffen heute nicht mehr zu, und zwar aus dem einfachen Grunde: Sie haben heute keine Beamtenwähler mehr, Sie haben heute keine Notwendigkeit mehr, auf die Beamten als Wähler Rücksicht zu nehmen, Sie haben überhaupt keine Wähler, Sie haben nur einen einzigen Wähler, auf den Sie Rücksicht nehmen müssen und der heißt Dr. Ignaz Seipel. (*Lebhaftes Heiterkeit und Beifall.*) Auf den müssen Sie Rücksicht nehmen. Das ist der Grund für ihr ganzes Verhalten.

Die Beamten haben also von Ihnen verlangt, Sie sollen Stellung nehmen. Darauf haben auch Sie erklärt, Sie müssen erst den Klub fragen. Wenn nämlich von Ihrem Klub vier Herren eine Deputation empfangen, so sind sie noch immer nicht imstande, sich eine Meinung zu bilden, sondern müssen noch die anderen acht fragen. (*Zarboch: Das ist Janicki-Phantasie!*) Nein, das ist eine einfache Rechnung, weil vier und acht zwölf ist. Aber warten Sie geduldig, Sie werden vielleicht noch Gelegenheit haben, sich selbst zu äußern. (*Zarboch: Nach Ihnen habe ich nicht mehr das Bedürfnis!*) Es soll mich freuen, wenn ich Ihnen so deutlich und überzeugend beibringe, daß Sie die Beamten beraten haben, daß Sie überhaupt nichts mehr reden. (*Heiterkeit und lebhafter Beifall.*) Die Großdeutschen haben also keine Antwort gegeben. Sie haben erst bei der ersten Lesung hier im Hause — nicht direkt den Beamten — eine Antwort gegeben, und diese Antwort war tatsächlich die große Überraschung in der ganzen Gehaltsbewegung der Beamten dieses Jahres. Sie haben die Erklärung abgegeben, Sie sehen die Notlage der Beamten ein, und die Großdeutschen sind daher gewillt, wie gewöhnlich, für die Beamten einzutreten. Sie sind

diesmal ziemlich konkret geworden. Sie haben gesagt, daß Sie bei der Behandlung der Regierungsvorlage im Finanzausschuß Anträge auf entsprechende Erhöhung der vorgesehenen Ansätze stellen werden. Voraussetzung, haben sie gesagt, ist, daß die passive Resistenz der Post- und Telegraphenangestellten abgebrochen wird.

Ich habe früher gesagt, es ist noch nie derartig mit den Interessen der Beamenschaft ein frivoles Spiel getrieben worden wie diesmal. Diese Erklärung ist das Frivolste, was Sie sich jemals gegen die Beamten geleistet haben. Und wenn Sie das nicht glauben . . . (*Redner hustet.* — *Dr. Hampel: Ersticken Sie nicht daran!*) Nein, ich ersticke nur an der Empörung über Ihre Haltung gegen die Beamten. Daran kann man ersticken. (*Zarboch: Sie haben auf Sie aus der Bukowina gewartet!*) Nein, Sie haben auf den Herrn Zarboch gewartet. (*Zarboch: Eher!*) Wissen Sie, es ist für die Großdeutschen wirklich nicht angezeigt, jemanden seine Herkunft aus einer bestimmten Gegend vorzuwerfen, solange . . . (*Zarboch: Nur die Rasse!*) Reden wir über Rasse nicht, sonst müßte ich über Sie sehr viel reden. (*Zwischenrufe.*) . . . so lange in den Reihen der Großdeutschen ein Zarboch sitzt, solange der Herr Dr. Wotawa, dessen Ihnen bestimmt auch nicht im Teutoburger Wald gelebt haben, hier sitzt, solange diese Verhältnisse bei Ihnen herrschen, finde ich es sehr unangebracht, daß Sie solche Zwischenrufe machen. (*Anhaltende lebhaftes Zwischenrufe.*) Aber schauen Sie, warum machen Sie denn keine sachlichen Zwischenrufe? (*Zarboch: Wenn Sie zur Sache reden, werden wir sachliche Zwischenrufe machen!*) Ich rede zur Sache. Es ist Tatsache, daß die Großdeutschen durch die Erklärung, die sie abgegeben haben, sich hinter einer Bedingung verschauelt haben, von der sie im vor hinein gewußt haben, daß sie nicht erfüllt werden kann (*lebhafter Widerspruch*) und daß keine Gefahr besteht, daß Sie Anträge stellen müssen. (*Dr. Hampel: Warum haben Sie dann gestern die Vertagung beantragt?*) Um Ihnen Gelegenheit zu geben, Ihren Standpunkt zu ändern. (*Zwischenrufe.* — *Dr. Hampel: Sie haben ja den Dr. Bauer blamiert!*) Wo? Wann? (*Dr. Bauer: Ich habe dem Herrn Dr. Wotawa und dem Herrn Generalpostdirektor Gelegenheit geben wollen, gestern den Postlern die Beendigung der passiven Resistenz zu ermöglichen!* — *Dr. Hampel: Ihre Partei hätte abblasen sollen!* — *Dr. Bauer: Die Partei hat nicht abzublasen, das ist Sache der Vertrauensmänner! Die völkischen und christlichen ebenso gut wie die freien Gewerkschaften werden von keiner Partei kommandiert!*)

Präsident **Eldersch** (der während vorstehender Ausführungen den Vorsitz übernommen hat): Bitte, meine Herren, nach der Geschäftsordnung soll nur

immer einer reden. *(Lebhafte Heiterkeit.)* Das Wort hat der Herr Abg. Janicki.

Janicki: Hohes Haus! Die Herren wehren sich jetzt dagegen, wenn man ihnen sagt, daß diese Erklärung von Haus aus schon eine Unaufrichtigkeit enthalten hat, eine Bedingung, von der Sie wußten, daß sie nicht erfüllt werden kann, und die Herren eben diese Bedingung in ihre Erklärung hineingenommen haben, damit sie nicht in die Zwangslage kommen, das wirklich zu tun, was sie in dieser Erklärung den Beamten in Aussicht stellen. Da haben sie sich durch den Hinweis auf die passive Resistenz den geordneten Rückzug gesichert. Aber, meine Herren, reden wir gar nicht davon. Ich frage Sie nur etwas anderes: Wie können Sie als eine Partei, die vor allem anderen — wie sie immer behaupten — sich auf Angestellte stützt, wie können Sie kämpfenden Angestellten gegenüber eine solche Bedingung stellen, die einem Anschlag auf das Koalitionsrecht der Betreffenden gleichkommt? *(Lebhafter Widerspruch.)* Das ist eine schöne Angestelltenpartei! Kein Gewerkschaftler kann so etwas verantworten.

Hohes Haus! Nicht einmal die Regierung, die gewiß an scharfmacherischen Neigungen nichts zu wünschen übrigläßt, hat eine solche Bedingung gestellt. Sie aber, Sie als Volkspartei, als angebliche Partei der Angestellten, Sie fallen kämpfenden Angestellten in den Rücken. Aber was heißt das? Sie geben hier eine Erklärung ab. Ja, haben denn die Post- und Telegraphenangestellten, die in der passiven Resistenz stehen, um Ihre Vermittlung ersucht oder war es der Fünfundzwanzigerausschuß der Hoheitsbeamten, die nicht in der passiven Resistenz stehen? *(Zustimmung.)* Jetzt wollen Sie die andern dafür strafen und den andern Ihre Beglückungspläne und Verbesserungsanträge vorenthalten, weil die Post- und Telegraphenangestellten in der passiven Resistenz stehen? Wenn Sie es schon dem Dr. Meier nicht zeigen wollen, dann hätten Sie doch wenigstens dem Präsidenten Holz vom Fünfundzwanzigerausschuß verraten, was die Großdeutschen mit den Beamten vorhaben. Die stehen ja nicht in der passiven Resistenz. Sie hätten es ja auch uns im Ausschuß sagen können, ohne Anträge zu stellen. *(Zwischen den Abg. Dr. Grailler und Weiser kommt es zu einem erregten Wortwechsel.)*

Präsident Ederich: Ich bitte um Ruhe! Ich bitte, meine Herren, doch die Würde des Hauses zu wahren!

Janicki *(fortfahrend):* Hohes Haus! Der Herr Abg. Straßner hat auf seine gewerkschaftliche Vergangenheit hingewiesen und gemeint, daß er selbst durch lange Jahre Gewerkschaftler war. Ich muß sagen, daß er dann alles vergessen hat. *(Zwischenruf Hartmann.)* — Zwischen den Abg. Dr. Grailler und Dr. Wagner auf der einen und den Abg.

Weiser und Strunz auf der andern Seite kommt es zu einem heftigen Wortwechsel und Handgemenge. — Anhaltende, lärmende Zwischenrufe.)

Präsident Ederich: Ich bitte um Ruhe, meine Herren! Es verletzt die Würde des Hauses, Meinungsverschiedenheiten mit Schimpfworten und Brachialgewalt austragen zu wollen. Ich bitte, sich doch dessen bewußt zu werden, was die Würde des Parlaments verlangt!

Janicki *(fortfahrend):* Hohes Haus! Der Herr Abg. Straßner hat auf seine gewerkschaftliche Vergangenheit hingewiesen und gemeint, daß er als Gewerkschaftler solche Dinge seinerzeit ganz anders gemacht hat. Er hat erklärt, daß zuerst alle friedlichen Mittel erschöpft wurden, bevor man zu gewerkschaftlichen Kampfmitteln griff. In diesem Zusammenhange hat der Herr Abg. Straßner gemeint, es wäre daher im vorliegenden Falle richtig gewesen, daß man sich zuerst an die politischen Parteien wendet und erst dann, wenn das versagt, eine passive Resistenz macht. Darauf muß ich dem Herrn Abg. Dr. Straßner folgendes sagen: Die Beamten haben sich schon wiederholt an die Parteien des Hauses gewendet, sie mußten aber seit Jahren die Erfahrung machen, daß die Mehrheit dieses Hauses bei der Vermittlung zwischen Beamten und Regierung regelmäßig versagt hat; sie mußten die Erfahrung machen, daß dadurch, daß sie sich an die Parteien des Hauses wenden, und durch die Haltung der Mehrheitsparteien Zeit verlorengeht, die Sache selbst aber nicht vorwärtskommt. Der Herr Bundeskanzler hat ja den Beamten selber gesagt: Ihr könnt zu den Parteien gehen, es wird euch aber gerade so wenig nützen, wie es euch im vorigen Jahre genützt hat! Wenn man daher von der höchsten Stelle, vom Herrn Bundeskanzler selbst, darüber belehrt wird, daß die Anrufung der Parteien, soweit es sich um die Mehrheit des Hauses handelt, ein ungeeignetes Mittel zur friedlichen Austragung der Sache ist, dann haben tatsächlich die Beamten alle friedlichen Mittel erschöpft und berechtigterweise zum letzten Mittel des gewerkschaftlichen Kampfes gegriffen.

Der Herr Kollege hat auch gemeint, daß gestern den ganzen Nachmittag verhandelt wurde und daß die großdeutsche Volkspartei bereit war, für die Beamten einzutreten, wenn die passive Resistenz abgebrochen wird. Darauf haben die in der passiven Resistenz stehenden Beamten die Bekanntgabe dessen gewünscht, was die Großdeutschen im Parlament zu tun gedenken, wenn die passive Resistenz abgebrochen wird, worauf die Herren erklärt haben: Bedauere, auf das können wir uns nicht einlassen, das können wir nicht sagen, die passive Resistenz muß abgebrochen werden, dann werden wir sagen, was wir vorschlagen wollen! *(Dr. Wotawa: Das ist eine Unwahrheit! Ich habe erklärt, daß die Partei Anträge stellen wird, die über das, was die*

Regierungsvorlage enthält, unter allen Umständen hinausgehen wird. Ich habe genug deutlich gesprochen!) Aber Sie haben nicht gesagt, was für Anträge Sie stellen werden. (Dr. Wotawa: Das ist kein Abbruch der passiven Resistenz, wenn man weiß, wie weit man hinausgeht über die Regierungsvorlage! — Zwischenrufe.) Die Anträge, die über die Regierungsvorlage hinausgehen, können sehr verschieden sein. Aber die großdeutsche Volkspartei hat an dem Standpunkt festgehalten, daß die Angestellten zuerst kapitulieren, zuerst sich beugen müssen, bevor sie etwas für sie macht. (So ist es!) Wenn die großdeutsche Volkspartei die Überzeugung hatte und hat, daß eine Erhöhung der Ansätze der Vorlage finanziell möglich ist, dann ist es eine Schande, eine derartige Bedingung daran zu knüpfen (lebhafter Beifall); dann ist es Ihre Pflicht, wenn Sie wissen, die Mittel sind da, von jeder Bedingung abzusehen und für die Beamten einzutreten. Tun Sie das nicht, dann beweisen Sie nur, daß diese Ihre Bedingung nichts anderes ist als eine Ausrede, hinter der Sie sich verstecken, damit Sie nicht durch Ihre Haltung in Gefahr kommen, eine Krise heraufzubeschwören. (Zwischenrufe.) So ist die Sache. (Zwischenrufe.) Man hat Ihnen dazu Gelegenheit gegeben. . . (Dr. Hampel: Herr Dr. Otto Bauer wird sich seine Blamage mit Ihnen schon abrechnen!) Sie wissen ja Herr Kollege Hampel. . . (Dr. Bauer: Natürlich ist blamiert, wer auf die Anständigkeit der großdeutschen Volkspartei rechnet! — Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Dr. Hampel: Sie sind ein ganz frecher Mensch, Herr Dr. Bauer!)

Hohes Haus! Ich erkläre, daß wir für die Vorlage stimmen werden, nicht weil wir damit einverstanden sind, sondern deswegen, weil wir niemandem die Ausrede bieten wollen, daß wir eine rechtzeitige Verabschiedung dieser Vorlage verhindert hätten. Ich stelle aber gleichzeitig fest, daß diese Vorlage heute ganz anders aussehen könnte, wenn die großdeutsche Partei ihre Pflicht erfüllt hätte. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Bundesminister für Finanzen Dr. Riebenböck: Hohes Haus! Die Regierung ist sich dessen bewußt, daß die heute zu beschließende Bezugserhöhung, der zufolge Sonderzahlungen in der Höhe von je 15 Prozent eines Monatsbezuges im Juni und Dezember jedes Jahres gewährt werden, angesichts der wirtschaftlichen Lage zahlreicher Bundesbeamten die Beamtenschaft nicht befriedigt. Die finanzielle Lage des Bundes gestattet es zwar, die erwähnten Maßnahmen mit Rückwirkung vom Juni dieses Jahres durchzuführen und daher die Gebarung des laufenden Jahres mit einer Auszahlung von nahezu 19 Millionen Schilling zu belasten. Hingegen ist eine Möglichkeit, in den gesetzlichen Zuwendungen weiterzugehen, zu meinem Bedauern um so

weniger gelegen, als augenblicklich noch mit der Notwendigkeit gerechnet werden muß, das Investitionserfordernis des Jahres 1929 zunächst aus Kassenbeständen und aus etwaigen Einnahmeüberschüssen zu bestreiten. Die Regierung erklärt jedoch schon heute, daß im nächsten Jahre, wenn die wirtschaftliche Entwicklung es gestattet und die staatsfinanzielle Situation eine entsprechende Erleichterung erfahren haben wird, ein weiterer Schritt zur Verbesserung der Beamtenbezüge eintreten wird, und zwar, falls keine zweckmäßigere Art der Erhöhung gefunden werden sollte, durch einen Fortschritt in der Linie des weiteren Entgegenkommens gegenüber der Forderung eines dreizehnten Monatsbezuges. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Zelenka: Was ist mit den Arbeitern, Arbeiterpensionisten, Witwen und Waisen?) Ich habe schon gestern im Ausschuß darüber gesprochen.

Scheibler: Meine sehr geehrten Herren! Die Ausführungen über die Aufbesserung der Beamten, die heute ein außerordentlich bewegtes Haus vorgenommen haben, veranlassen mich doch, da wir das erstemal zu Beginn der neunziger Jahre mit einem vorschrittsmäßigen Arbeiten bei den Bahnen eingesetzt haben, richtigzustellen, daß die sogenannte passive Resistenz ja nicht eine Verzögerung der Arbeit im eigentlichen Sinne ist, sondern daß die Beamtenschaft sie als Mittel gebraucht, um ihre Wünsche im Sinne der Vorschriften durchzusetzen. Wie kommt nun ein solches Kampfmittel in die Bewegung hinein? Da verstehe ich einerseits nicht die großdeutsche Partei und andererseits insbesondere nicht den Herrn Dr. Straßner, der selbst im gewerkschaftlichen Leben aufgewachsen ist, wenn sie eine solche Haltung gegenüber den Beamten einnehmen und die Forderung stellen: Brecht ihr die passive Resistenz ab, dann werden wir Anträge stellen. So, meine Herren von der großdeutschen Partei, läßt sich eine gewerkschaftliche Politik nicht machen. Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, daß, wenn ein Kampf, der gewerkschaftlich geführt wird, entsteht und im Laufe ist, da irgendeine politische Partei eingreifen kann, sondern es ist Sache der Gewerkschaften, den Kampf abubrechen oder Verhandlungen zu führen, die einen Erfolg bringen. Nun ist durch Ihre Politik und durch Ihre Haltung der Karren ganz verfahren. Die Beamten bekommen das, was die Regierung ihnen zugesichert hat, und der Kampf ist ja nur deshalb entstanden, weil eben mit dem sogenannten Durchschnittsgehalt eines Staatsbeamten von 170 S die Möglichkeit nicht mehr besteht, auch das Notwendigste zu decken. Daher die Einigkeit der christlichen, der deutschnationalen und der freigewerkschaftlichen Organisationen, ohne Unterschied der politischen Anschauung, die zu diesem Kampfmittel geführt hat. Es war unklug von der großdeutschen Partei, die Einstellung des Kampfes zu verlangen.

Die passive Resistenz ist, wie Sie es nennen, in Wirklichkeit ein vorschriftsmäßiges Arbeiten; sie richtet sich gegen die Generalpostdirektion, sie richtet sich gegen jene Behörde, die schon durch Monate hindurch und, soweit wir die Verhältnisse kennen, lange Zeit vorher die Unzulänglichkeit der Bezahlung ganz gut kennt. Aus diesem Grunde war das Verlangen, die passive Resistenz einzustellen, nicht gut. Sie hätten, wenn es Ihnen ehrlich um Ihre Wähler und um Ihre Anhänger geht, soweit sie gewerkschaftlich Ihrer Parteirichtung angehören, zu tun ist, die Forderung mit uns vertreten müssen, wie es sich gehört, die Anträge stellen und sie nicht an eine Bedingung knüpfen sollen. Hätten Sie diese Bedingung nicht gestellt, so wäre es ganz sicher zu Unterhandlungen gekommen, und die wirtschaftlichen Schäden, die durch die passive Resistenz zur Auswirkung kommen, wären nicht so fühlbar geworden. Ich glaube daher, daß, wenn die Gewerkschaften einen Kampf um die Verbesserung ihrer Lage führen, sie nicht die Berater jener bürgerlichen Schichten brauchen, die sich niemals ernstlich bemüht haben, die soziale Lage der deutschen Arbeiter und der deutschen Angestellten zu verbessern. Die Forderung, die Sie gestellt haben: Bedingungslos kapitulieren, dann werden wir helfen! war unklug. *(Lebhafter Beifall.)*

Plaffer: Das hohe Haus hat mit gespannter Aufmerksamkeit auf die Erklärung gehorcht, die der Finanzminister in bezug auf die in Beratung stehende Vorlage abgegeben hat. Wir glaubten noch im letzten Moment, daß die Erklärung eine Verbesserung der Vorlage bringen wird, wir haben uns aber getäuscht. Die Erklärung des Finanzministers ist nichts anderes als eine Berückichtigung der Beamten auf das nächste Jahr, wenn es die Staatsfinanzen erlauben werden, eventuell den Beamten im nächsten Jahre mehr zu geben. Ganz besonders ist es aufgefallen, daß der Herr Minister kein Wort davon gesprochen hat, daß es vielleicht auch im nächsten Jahre möglich sein wird, den Bundesarbeitern und Arbeiterpensionisten etwas zu geben. Ich stelle fest, daß die Arbeiter in den Bundesbetrieben und auch die Arbeiterpensionisten und die Provisionisten in dieser Vorlage überhaupt keine Berücksichtigung gefunden haben. Um die Erklärung, die der Herr Finanzminister abgegeben hat, können sich die Beamten und die Bundesarbeiter zu Weihnachten nichts kaufen, sie sind auch selbstverständlich davon in keiner Weise befriedigt.

Ich möchte aber noch eine Feststellung gegenüber der großdeutschen Partei hier machen, dahin gehend, daß es mich allerdings wundert, wenn der Herr Dr. Strassner hier erklärt hat, er kenne die gewerkschaftlichen Dinge, er habe selber in der Gewerkschaft gearbeitet, aber jenes Mittel, das jetzt die Post- und Telegraphenangestellten angewendet haben,

nämlich die passive Resistenz, zu erklären, könne er als früherer Gewerkschafter nicht billigen. Ich möchte hier vielleicht diese Auffassung festhalten und den Herrn Gewerkschaftsobmann Prodingner fragen, wie er sich zu der Sache als aktiver Gewerkschafter stellt, ob er auch in seinen Lohnkämpfen, wenn er gezwungen ist, ein gewerkschaftliches Kampfmittel in Anspruch zu nehmen, ob er dann auch erklärt oder sich damit einverstanden erklärt, wenn der Unternehmer sagt: Bevor Sie nicht das gewerkschaftliche Kampfmittel einstellen, werde ich mit Ihnen nicht verhandeln. Ich meine, die Mitglieder des Deutschen Handlungsgehilfen-Verbandes würden sich schön bedanken, wenn der Herr Prodingner, wenn er einmal in die Situation gerät, ein gewerkschaftliches Kampfmittel anzuwenden, ablassen müßte und den Kampf einstellen würde, bevor er überhaupt irgendwelche Zugeständnisse empfangen hat. Der Herr Prodingner möge doch nicht vergessen, daß er bei der Einberufung ins Parlament einem Doktor vorgezogen worden ist; einen Doktor hat man zurückgestellt und den Gewerkschafter einberufen. Herr Prodingner, Sie hätten jetzt Gelegenheit, zur Beamtenfrage Stellung als Gewerkschafter zu nehmen, Sie hätten die Möglichkeit, hier den gewerkschaftlichen Standpunkt zu vertreten. Wir werden Ihnen das nicht übel nehmen, weil wir wissen, daß Sie die Lage der großdeutschen Partei, die einen ungeheuren Verrat an den Beamten verübt hat, nicht noch mehr verschlechtern können. Aber ich erinnere mich an die Zeiten, wo noch der Herr Dr. Dinghofer auf diesem Platz gesessen ist, wo er die großdeutsche Partei repräsentiert hat. Er ist damals in die Versammlungen der Beamten gegangen, hat die Beamtendeputationen empfangen, um sie nach ihren Wünschen und Forderungen zu fragen, diese entgegenzunehmen und entsprechend zu vertreten. Man sieht eben — und der Herr Abg. Janicki hat vollständig recht gehabt, wenn er das hier feststellte —, daß die großdeutsche Partei mit ihrem Vatein vollständig zu Ende ist, daß ihre Politik in der letzten Zeit vollkommen verfehlt ist und daß die Tatsache nicht wegzuwaschen sein wird, daß der größte Verrat, den Sie an den Bundesangestellten je begehen können, heute begangen worden ist. *(Beifall.)*

Verichterstatter Dr. Odehnal: Hohes Haus! Im Laufe der Debatte haben sich keinerlei Änderungsanträge oder sonst irgendwelche Dinge ergeben, die mich veranlassen könnten, meinen einleitenden Worten noch etwas hinzuzufügen. Ich möchte nur zu den Ausführungen des Herrn Abg. Zelenka, der uns die Annahme der Minderheitsentscheidungen besonders warm ans Herz gelegt hat, erklären, daß die Bezüge der Staatsarbeiter nicht durch Gesetz geregelt sind, sondern auf Grund von Vereinbarungen, die zwischen den Arbeitnehmern und der Leitung des betreffenden Betriebes

getroffen werden. Das Ergebnis dieser Vereinbarungen wird dann im Wege einer Verordnung festgelegt und nicht durch das Gesetz. Es sind, wie ich ausdrücklich gehört habe, in einzelnen Betrieben bereits Verhandlungen im Gange, und es ist anzunehmen, daß sie zu einem gedeihlichen Ende führen werden.

Bezüglich der Provisionisten und der Arbeiterpensionisten hat bereits der Herr Bundesminister für Finanzen gestern im Finanz- und Budgetausschuß zum Ausdruck gebracht, daß diese Personen nicht leer ausgehen werden.

Ich muß nur noch eine kleine Richtigstellung insofern vornehmen, als man hier erklärt hat, ich habe mich bei der Erwähnung der Gründung des Fünfundzwanzigerausschusses im Jahre geirrt. Ich habe mich nicht geirrt. Der Fünfundzwanzigerausschuß wurde im Herbst des Jahres 1923 geschaffen, und zwar in jenem Moment, als man an die Revision der Reihung ging. Das war im Herbst 1923, daher muß der Fünfundzwanzigerausschuß schon im Jahre 1923 und nicht erst im Jahre 1924 bestanden haben.

Man hat meiner Partei auch noch den Vorwurf gemacht, daß wir dem Fünfundzwanzigerausschuß auf seine Vorprache keine Antwort erteilt haben. Ich stelle fest, daß der von uns an den Fünfundzwanzigerausschuß abgegangene Brief heute in der Sitzung des Fünfundzwanzigerausschusses zur Verlesung gebracht wurde.

Nach diesen Richtigstellungen bitte ich das hohe Haus, der Gesetzesvorlage mit den von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen zu wollen.

Damit ist die Aussprache beendet und es wird zur Abstimmung geschritten, und zwar zunächst über den Minderheitsantrag I zu den §§ 1, 2 und 3.

Über Antrag Sever wird diese Abstimmung namentlich durchgeführt.

(Während der Stimmenabgabe ruft Zelenka: Da können die Beamtenkollegen zuschauen, wie die Großdeutschen umfallen!)

Präsident **Elderich**: Ich bitte die Abstimmung nicht zu stören.

Der Minderheitsantrag I wird mit 87 gegen 70 Stimmen abgelehnt.

Für den Antrag mit „Ja“ stimmten die Abg.: Abram, Allina, Austerlitz, Bauer Alois, Bauer Otto, Baumgärtel, Bosche, Brachmann, Danneberg, Deutsch, Domes, Duda, Ebner, Eisler, Ellenbogen, Falle, Forstner, Freundlich, Gabriel, Glöckel, Hammerstorfer, Hareter, Hartmann, Hermann, Hohenberg, Hölzl, Horvatek, Hueber, Janecsek, Janicki, Klimberger, Lagner, Lasser, Leuthner, Meißner, Moßhammer, Muchitsch, Müller, Müllner, Pick, Plasser, Pölzer, Popp, Probst, Proft, Renner, Richter, Rieger, Rössch, Sailer, Scheibin, Schiegl,

Schlesinger, Schneeberger, Seidel Amalie, Seidel Richard, Seitz, Sever, Skaret, Smitta, Stika, Strunz, Tomtschik, Tusch, Volkert, Weiser, Witternigg, Witzany, Zelenka, Zwanzger;

gegen den Antrag mit „Nein“ stimmten die Abg.: Aigner, Bauer Franz, Bichl, Binder, Birbaumer, Brinnich, Buchinger, Burgstaller, Clesin, Dersch, Deiwath, Doppler, Drexel, Dufcher, Ertl, Fahrner, Fink, Födermayr, Gangl, Geisler, Geyer, Gierlinger, Grailer, Gritschacher, Gruber, Gürtler Alfred, Gürtler Johann, Hampel, Haneis, Heigl, Heintl, Heizinger, Heuberger, Hofer, Hollersbacher, Jerzabek, Kern, Kienböck, Klemmayr, Klimann, Klug, Kneußl, Kolb, Kollmann, Krobath, Kunschak, Leskobar, Lutzenberger, Manhalter, Marktschlager, Mayrhofer, Odehnal, Delzelt, Parrer, Partik, Paulitsch, Pichler, Pirchegger, Pistor, Prodingner, Raab, Ramek, Rintelen, Schmitz, Schürff, Schuchnigg, Seipel, Spalowsky, Steiner, Straßner, Streeruwitz, Striebnig, Tauschitz, Teufel, Unterberger, Vaugoin, Volker, Waber, Wagner, Waiss, Weidenhoffer, Wiesmaier, Wollek, Wotawa, Zangel, Zarboch, Zanner.

In fortgesetzter Abstimmung werden die §§ 1 bis 3 in der vom Berichterstatter vorgeschlagenen Fassung angenommen. Dadurch entfällt die Abstimmung über die Minderheitsanträge II und III.

Die §§ 4 bis 9 sowie Titel und Eingang des Gesetzes werden in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Sodann wird das Gesetz in dritter Lesung zum Beschluß erhoben.

Die beiden Minderheitsentschlösungen werden in über Antrag Sever namentlich durchgeführter gemeinsamer Abstimmung mit 86 gegen 70 Stimmen abgelehnt.

Für diese Entschlüsse mit „Ja“ stimmten die Abg.: Abram, Allina, Austerlitz, Bauer Alois, Bauer Otto, Baumgärtel, Bosche, Brachmann, Danneberg, Deutsch, Domes, Duda, Ebner, Eisler, Ellenbogen, Falle, Forstner, Freundlich, Gabriel, Glöckel, Hammerstorfer, Hareter, Hartmann, Hermann, Hohenberg, Hölzl, Horvatek, Hueber, Janecsek, Janicki, Klimberger, Lagner, Lasser, Leuthner, Meißner, Moßhammer, Muchitsch, Müller, Müllner, Pick, Plasser, Pölzer, Popp, Probst, Proft, Renner, Richter, Rieger, Rössch, Sailer, Scheibin, Schiegl, Schlesinger, Schneeberger, Seidel Amalie, Seidel Richard, Seitz, Sever, Skaret, Smitta, Stika, Strunz, Tomtschik, Tusch, Volkert, Weiser, Witternigg, Witzany, Zelenka, Zwanzger;

gegen die Anträge mit „Nein“ stimmten die Abg.: Aigner, Bauer Franz, Bichl, Binder, Birbaumer, Brinnich, Buchinger, Burgstaller, Clesin, Dersch, Doppler, Drexel, Dufcher, Ertl, Fahrner, Fink, Födermayr, Gangl, Geisler, Geyer, Gierlinger, Gritschacher, Gruber, Gürtler Alfred, Gürtler

Johann, Hampel, Haueis, Heigl, Heindl, Heitzinger, Henberger, Hofer, Hollersbacher, Jenzabek, Kern, Kienböck, Kletzmayr, Klimann, Klug, Kneußl, Kolb, Kollmann, Kroboth, Kunschak, Leskovar, Littenberger, Manhalter, Markschläger, Mayrhofer, Odehnal, Delzelt, Parrer, Partik, Paulitsch, Pichler, Pirchegger, Pistor, Prodingen, Raab, Ramel, Rintelen, Schmitz, Schürff, Schuschnigg, Seipel, Spalowsky, Steiner, Straßner, Streeruwitz, Striehnigg, Tauschitz, Teufel, Thaler, Unterberger, Vaugoin, Volker, Waber, Wagner, Wais, Weidenhoffer, Wiesmaier, Wollek, Wotawa, Zangel, Zarboch, Zauner.

Die Tagesordnung ist erledigt.

Die Regierungsvorlage B. 244 wird dem Ausschusse für Erziehung und Unterricht, Antrag Nr. 185 dem Wohnungsausschuß und Antrag Nr. 186 dem Verfassungsausschuß zugewiesen.

Nächste Sitzung: Donnerstag, den 13. Dezember, 3 Uhr nachm. Tagesordnung: Erste Lesung der Regierungsvorlage B. 233, betr. die Provisionsversicherung der Bergarbeiter.

Schluß der Sitzung: 1 Uhr 20 Min. nachm.